

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Kakaoindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Stg Dresden), Lillengasse Nr. 12.

Insertionspreis pro dreizehnpaltene Pettizelle 50 Pfg., für die Zeilstellen 30 Pfg.

Die Taktik in der deutschen Arbeiterbewegung.

I.

Ende Februar dieses Jahres besuchte eine Abordnung belgischer Gewerkschafter Berlin, um die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie Deutschlands zu studieren. Unter anderem wurde auch Kautsky aufgefordert, vor den belgischen Genossen einen Vortrag über die taktischen Strömungen in der Sozialdemokratie zu halten. Dieser Vortrag liegt nun auch im Druck vor und das ist gut, da die Arbeit auch von den deutschen Genossen beachtet werden wird.

Kautsky sagt in einer Vorbemerkung, daß er sich bemüht habe, so unparteiisch zu berichten, als es für jemand möglich sei, der in allen den taktischen Differenzen, die er beschreibe, lebhaft und entschieden Partei ergriffen habe. Man kann nur sagen, daß dies Kautsky auch durchaus gelungen ist. Nichts von irgendwelcher polemischen Schärfe ist in dem Schriftchen, das wir jedem Arbeiter warm empfehlen, zu finden, vielmehr aber eine abgeklärte Ruhe, die alle Fragen referierend prüft und in sehr anschaulicher Weise zur Darstellung bringt.

Ueber den Inhalt des Vortrags geben die Kapitelüberschriften einigen Aufschluß: Lassallianer und Eisenacher. — Die Taktik der deutschen Sozialdemokratie. — Versuche, unsere Taktik zu ändern. — Partei und Gewerkschaft, und hier wieder die Untertitel: Die General-Kommission. — Lokalfisten und Zentralisten. — Die gewerkschaftliche Neutralität. — Maifeier und Massenstreik.

Als erster taktischer Grundsatz der deutschen Sozialdemokratie wird betont: Jede Möglichkeit ist zu benutzen, um das Proletariat zu organisieren. Es werden die politische, die gewerkschaftliche und die genossenschaftliche Organisation kurz gewürdigt.

Der zweite taktische Grundsatz lautet: Jede Position im Staat und Gesellschaft zu erobern und nach Möglichkeit auszunutzen, die das Proletariat aus eigener Kraft zu erobern und zu behaupten vermag. Um die lichtvolle Art der Darstellung Kautskys darzutun, wollen wir hier die Darlegung über den zweiten taktischen Grundsatz abdrucken:

„Unsere Partei ist nie der Meinung gewesen, der bloße Protest, die Enthaltung vom Kampfe, könne eine Form des Kampfes werden. Wir haben stets nur gefragt, welche Gebiete des Kampfes sind die wichtigsten, auf welche müssen wir unsere Kräfte konzentrieren, solange sie nicht ausreichen, um uns auf allen Gebieten zu betätigen. Nur insofern haben wir uns manchmal von einigen Gebieten praktischer Betätigung ferngehalten, um auf andern um so energischer zu wirken. Nie aber haben wir die praktische Betätigung in Staat, Provinz und Gemeinde prinzipiell gering geschätzt.

Schon 1867, als Bismarck das allgemeine Wahlrecht zum Norddeutschen Reichstag gegeben hatte, nahm unsere Partei an den Wahlen zu diesem teil, und nachdem sie mehrere Vertreter durchgebracht, darunter Bebel, Schweitzer und Liebknecht, warfen sich diese sofort auf die „positive Arbeit“, namentlich bei der Beratung der Gewerbeordnung 1869, bei der sie erhebliche Erfolge aufzuweisen hatten. Liebknecht hegte anfangs Bedenken gegen die praktische parlamentarische Arbeit. Schweitzer und Bebel dagegen, waren, wenn auch nicht in der Art des Auftretens, so doch in dem Grundsatz einig, daß wir die Aufgabe hätten, an der parlamentarischen Detailarbeit teil-

zunehmen, um die Gesetze möglichst dem Interesse des Proletariats gemäß zu gestalten. Das galt auch Gesetzen gegenüber, die wir prinzipiell ablehnten und ablehnen mußten, wie das meist der Fall war.

An diesem Grundsatz hat unsere Partei seitdem stets festgehalten. Wohl rief jeder Versuch, ihr Tätigkeitsgebiet zu erweitern, fast stets innere Kämpfe hervor, so das Eintreten in die Kommissionen des Reichstages, die Beteiligung an Landtagswahlen, an Gemeindevahlen. Aber nie wurde dabei der Grundsatz in Frage gestellt, daß wir möglichst viel positive Arbeit zu leisten hätten. Stets fragte es sich im Grunde bloß, ob für den gegebenen Fall unsere Kräfte ausreichten, um ohne Aufgabe unserer Selbständigkeit und ohne Schädigung wichtiger Gebiete einen Erfolg zu erzielen. Darüber konnte man natürlich leicht verschiedener Meinung sein, wenn es sich um neue Gebiete handelte, über die praktische Erfahrungen noch nicht vorlagen. Daher manche Meinungsverschiedenheiten und inneren Kämpfe. Wenn unsere Partei in ihren Anfängen viele Tätigkeitsgebiete unbeachtet ließ, wenn sie nach und nach immer mehr Tätigkeitsgebiete erfaßte, so lag das nicht daran, daß sich unsere taktischen Grundsätze geändert hätten, daß wir im Laufe der Zeit immer „vernünftiger“ und „praktischer“ geworden seien. So vernünftig und praktisch wie jetzt waren wir in unsern Grundsätzen schon vor 40 Jahren. Was sich seitdem geändert hat, ist unsere Kraft, die uns jetzt Dinge möglich macht, die vor 40, 20 und selbst vor 10 Jahren noch aussichtslos gewesen wären. Wenn wir es ehemals ablehnten, an den preussischen Landtagswahlen teilzunehmen, und wenn wir jetzt diese Teilnahme für selbstverständlich finden, so ist das nicht die Folge davon, daß wir früher die Arbeit in den Landtagen gering schätzten und sie jetzt höher schätzen, sondern es liegt nur daran, daß bei dem bestehenden Dreiklassenwahlrecht eine Teilnahme an den preussischen Landtagswahlen erst dann eine Möglichkeit des Erfolges bot, als unsere Partei in einzelnen Wahlkreisen eine geradezu erdrückende Mehrheit von Stimmen erlangt hatte. In Sachsen, wo seit 1868 ein ziemlich günstiges Wahlrecht bestand, nahm unsere Partei von Anfang an an den Landtagswahlen teil, und sie brachte dort schon 1877 einen Abgeordneten durch.“

Als dritter taktischer Grundsatz wird die volle Selbständigkeit der sozialdemokratischen Partei allen bürgerlichen Parteien gegenüber betont:

„Es gibt zwei Methoden, wie die Sozialdemokratie auf die Gesetzgebung einwirken kann, wie es zwei Arten von Gesetzen gibt: solche, die im Interesse nicht bloß des Proletariats, sondern auch eines Teiles der bestehenden Klassen liegen, und solche, die nur im Interesse des Proletariats allein liegen.

Bei den ersteren kann die Sozialdemokratie Erfolge dadurch erzielen, daß sie mit einer bürgerlichen Partei zusammengeht. Zum Beispiel in der Frage des Freihandels. Aber auch dabei wird sie sich freie Hand in der Propaganda vorbehalten müssen, weil ihre Gründe für den Freihandel und ihre Erwartungen von diesem andere sind, als die der Liberalen.

Es gibt aber auch Gesetze, an denen keine bürgerliche Partei ein Interesse hat. Am Koalitionsrecht und an Arbeiterschutzgesetzen oder der Arbeiterversicherung hat keine bürgerliche Partei erhebliches Interesse; deren Bestimmungen finden in jeder Partei starke Gegner. Auch die Liberalen wollen vom Streikrecht der Eisenbahner und vom Achtstundentag nichts wissen.

Um von den bürgerlichen Parteien gesetzliche Maßregeln dieser Art zu erlangen, dazu reicht das Zusammenarbeiten mit ihnen in den Parlamenten nicht aus. Dazu

muß ein Druck von außen kommen, die Furcht vor dem Proletariat. Man darf aber diese Furcht nicht etwa roh auffassen als Furcht vor dem Totgeschlagenwerden oder vor dem Ausgehungertwerden. Derartige direkte Aktionen haben noch nie einen Erfolg erzielt. Der Massenstreik kann allerdings große praktische Erfolge erzielen, aber nur dann, wenn es ihm gelingt, den ganzen Staatsorganismus momentan lahmzulegen. Das ist nur bei sehr hoher Kraft des Proletariats und sehr günstigen ausnahmeweisen Bedingungen möglich. Als regelmäßige Waffe des politischen Kampfes ist er nicht anwendbar.

Dagegen gibt es eine andere Methode, den bürgerlichen Politikern Furcht einzujagen, die dort, wo genügende politische Rechte vorhanden sind, stets angewandt werden kann, sobald das Proletariat zahlreich genug ist: Diese Methode ist die, den bürgerlichen Parteien ihre Wähler wegzunehmen, deren sie bedürfen, sollen sie Macht ausüben können. Die Furcht vor den Wählern, das ist das große Pressionsmittel der proletarischen Parteien in parlamentarischen Ländern mit allgemeinem Wahlrecht. Diese Furcht ist in der Regel viel wirksamer als jene, die durch vorgenannte direkte Aktionen erzeugt wird.“

Ein Blick in die Organisationsverhältnisse unserer Berufskollegen in England, Belgien und Holland.

Seitdem für unsern Beruf das Internationale Sekretariat besteht, blieben bisher alle Versuche des Internationalen Sekretärs, mit den Bruderorganisationen der englischen Kollegen in engere Verbindung treten zu können, fruchtlos. Während alle andern Verbände der Bäcker und Konditoren, Schokoladen- und Zuckerwarenarbeiter und Arbeiterinnen — soweit diese Verbände sich zu einigermaßen organisatorischer Festigkeit aufgeschwungen haben — sich dem Internationalen Sekretariat angeschlossen haben, war dieses bei den englischen, schottischen und irischen Bäckerverbänden nicht zu erreichen. (Ueber die Stärke und Leistungsfähigkeit dieser Verbände und ihre Einrichtungen sind trotzdem die Leser dieses Blattes durch Artikel über diese Frage unterrichtet.)

Weil nun der Anschluß der Engländer an das Internationale Sekretariat nicht zu erreichen war, auf der andern Seite aber unsere Mitglieder, die nach London reisen, doch in jener Weltstadt mit ihren circa 7 000 000 Einwohnern und circa 30 000 Arbeitern in Bäckereien und Konditoreien nicht unorganisiert bleiben wollen, aber auch solange nicht gewillt waren, zum englischen Bäckerverband überzutreten, solange sich derselbe nicht auf einen Gegenseitigkeitsvertrag mit unserm deutschen Verbande einlassen wollte, blieb unserm Verbande weiter kein Weg übrig, als auf die wiederholten Vorstellungen unserer nach London reisenden Mitglieder einzugehen und dort eine Zahlstelle unseres Verbandes zu errichten. Das geschah im Januar d. J. und bis jetzt hat diese Zahlstelle 60 Mitglieder.

Um nun eine wirksame Agitation unter den deutsch sprechenden Bäckern in London (die Angaben über die Zahl der deutschen Bäcker in London schwanken sehr und bewegen sich zwischen 6000 und 24 000; jedenfalls ist aber sicher, daß die Zahl mindestens 10 000 beträgt) zu betreiben, sah sich unsere Zahlstelle London veranlaßt, verschiedene Anregungen betreffs Ausgestaltung der Agitation, Errichtung eines Arbeitsnachweises und dergleichen an die Zentralkommission unseres Verbandes gelangen zu lassen. Der Vorstand beschloß, die Verhältnisse an Ort und Stelle einmal durch die Vorstandsmitglieder Allmann und Friedmann prüfen zu lassen, weshalb Ende August diese beiden Kollegen eine vierzehntägige Reise unternahmen.

Auf dem Wege nach London machten sie zunächst in Brüssel Halt, um dort mit den führenden Kollegen die Verhältnisse zu besprechen. Die Verständigung mit dem Kollegen de Coof, der plämißch spricht, machte keine Schwierigkeiten, aber seine Auskünfte über den Stand der Organisation in Belgien waren gerade nicht erfreulich.

Vor vier Jahren war Kollege Allmann schon einmal auf einer Konferenz der Fachvereine, die in der belgischen Nahrungsmittelindustrie bestehen, zugegen gewesen, und dort wurde auf seine Anregung und unterstützt durch Genossen Bergmanns, dem Sekretär der vereinigten Gewerkschaften Belgiens, beschlossen, alles zu versuchen, um die Bäcker und die übrigen Berufe der Nahrungsmittelindustrie in Belgien

zu einer leistungsfähigen Zentralorganisation zusammenzuschließen. Nach Berichten des Genossen Goofens in Gent und nach den mündlichen Ausführungen des Genossen de Cool in Brüssel ist dieser Versuch leider nicht in Erfüllung gegangen, sondern vielmehr ist eine weitere Schwächung der Organisation eingetreten. Während vor vier Jahren noch vier Fachvereine der Bäcker in Belgien bestanden, und zwar in Brüssel, Verdiers, Antwerpen und Gent, bestehen jetzt nur noch in Brüssel und Gent solche Fachvereine, während die andern beiden eingegangen sind. In einigen Städten sollen nach den Ausführungen dieser Kollegen noch nicht einmal die in den Konsumbäckereien arbeitenden Bäcker gewerkschaftlich organisiert sein, in andern Städten sind diese den allgemeinen örtlichen Syndikaten angeschlossen. Irgendwelche Hoffnung, daß bald einmal in Belgien an eine Besserung der Organisationsverhältnisse der Bäcker und verwandter Berufe zu denken wäre, war aus der Unterredung mit dem Brüsseler Genossen nicht zu gewinnen.

Amern Tages versuchten wir in Gent, mit dem Genossen Goofens zusammenzukommen, um weitere Anknüpfungspunkte zu finden. Trotz aller Mühe waren unsere Versuche vergebens; denn weder in seiner Wohnung noch an seiner Arbeitsstelle — in der Bäckerei des Konsumvereins — war Genosse Goofens oder ein anderer Kollege, mit dem man sich hätte verständigen können, zu finden. Lediglich war es unsern Vertretern möglich, in „Ons Huis“ (Volksbaus) von führenden Genossen der Arbeiterbewegung zu hören, daß es nach wie vor mit der gewerkschaftlichen Organisation der Bäcker in Gent, wie in ganz Belgien, sehr schlecht bestellt ist.

Unsere Vertreter fuhrten über das berühmte Seebad Ostende — wo das Schlaraffenleben der Kapitalistenklasse so recht in die Erscheinung tritt, dicht daneben aber die schlimmste Armut sich in unerbittlicher Blöße zeigt — nach London. Von dem eben beigelegten Eisenbahnstreik bekamen sie durch stundenlange Zugerpöpfung noch eine Probe, langten aber glücklicherweise noch so rechtzeitig in London an, um in der Versammlung des kommunistischen Klubs (ein vorwiegend aus Deutschen und Skandinavien zusammengesetzter sozialdemokratischer Klub mit durchschnittlich 600 Mitgliedern) den anberaumten Vortrag über die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland halten zu können. In der Diskussion wurde besonders die Unzufriedenheit der Eisenbahner mit dem Ergebnis ihres so plötzlich ausgebrochenen Streiks erörtert.

An diesem und an den folgenden Tagen haben unsere Vertreter in diesem Klub die Ueberzeugung gewonnen, daß derselbe wohl eine gastliche Stätte für alle nach London kommenden Ausländer und besonders für die von Deutschland kommenden Genossen bildet, daß es aber doch in mancher Beziehung dort sehr daran fehlt, die Genossen dann und wann durch Vorträge belehrenden Inhalts über die Vorgänge im politischen und wirtschaftlichen Leben Deutschlands auf dem laufenden zu halten; aber noch mehr daran fehlt, sich mehr und mehr mit der Geschichte der Arbeiterbewegung Englands und ihren jetzigen besonderen Begleiterscheinungen vertraut zu machen.

Weshalb das Gruppen- und Settenwesen in der politischen Bewegung Englands eine so große Rolle spielt, daran scheint der Mangel an geeigneten Versammlungslokalen eine der Hauptursachen zu sein. Kleine und mittlere Versammlungslokale, die besonders der fortwährenden Belehrung der Mitglieder der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie dienen könnten, fehlen leider sehr, und die vorhandenen sind, können nur gegen ziemlich bedeutende Lokalmiete benutzt werden.

So müssen bei jeder wichtigen Gelegenheit von den Gewerkschaften und von der Partei die Kreuzungspunkte der Straßen oder die öffentlichen Parks zu öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen benutzt werden. Bei diesen Meetings, die besonders Sonnabend abends und Sonntags in großer Zahl im Hyde-Park stattfinden, kann man aber sofort die Beobachtung machen, daß es recht oft an der nötigen Aufmerksamkeit der Zuhörer mangelt, die dort zusammenkommen, um einen Redner anzuhören.

Unsere Vertreter hörten beispielsweise bei diesen Meetings, wie ein Dienstmädchen der Deffentlichkeit die auszuübende Unterdrückung und die Leiden der Diensthöten seitens der Herrschaften vortrug. Weiter wie ein Freidenker der Deffentlichkeit einen Prozeß, den er wegen angeblicher Gotteslästerung auszuüben hatte, schilderte, wie an verschiedenen Stellen Sozialisten der verschiedensten Richtungen, an andern Stellen aber auch Anarchisten oder Vertreter der christlichen Männer- und Junglingsvereine über den Verlauf der eben beendeten Streiks der Doctarbeiter, Transportarbeiter und besonders der Eisenbahner berichteten. Dann trafen sie religiöse Setten bei ihren Zeremonien und Gesängen oder Predigten im Park an, und selbstverständlich fehlte darunter auch die widerliche Marktschreier der Heilsarmee nicht, die gläubige Seelen für sich einfangen wollten.

Die Versammlungen, welche speziell für unsern Beruf einberufen waren, zeigten unsern Vertretern, daß wir unter unsern Mitgliedern in London eine kleine Anzahl intelligenter Kollegen haben, die, wenn sie immer wieder zu rastloser Mitarbeit angespornt werden, wohl das Zeug in sich haben, die Organisation durch Gewinnung neuer Mitglieder größer und stärker zu machen. Aber diese Versammlungen zeugten auch davon, daß selbst von den erschienenen Versammlungsteilnehmern solche zu verzeichnen waren, die jede Hoffnung auf die mögliche Verbesserung ihrer traurigen Lage verloren haben, und daß natürlich noch viele Tausende von gleichgültigen Kollegen vorhanden sind, die noch nicht einmal den Mut finden, in die veranstalteten Versammlungen zu kommen, sondern nur noch Interesse für das Kartenspiel, für Pferderennen und Wetten haben.

Nachdem unsere Vertreter Gelegenheit bekommen hatten, mit dem Vertreter des Distrikts London der englischen Bruderorganisation, Genossen Hill, eine Besprechung zu haben, versuchten sie, denselben dafür zu interessieren, daß der englische Bruderverband mit unserer deutschen Organisation einen Gegenseitigkeitsvertrag betreffs Unterstützung der zureisenden Kollegen abschließen sollte. Sie fanden auch bei diesem Genossen das größte Verständnis für die Notwendigkeit einer solchen Regelung und versprach er, dafür einzutreten, daß sein Verband sobald als möglich dem Internationalen Sekretariat angeschlossen und dann mit dem deutschen Verband einen Gegenseitigkeitsvertrag eingehen würde. Durch Vermittlung des Genossen Hill hatten unsere Vertreter dann

auch Gelegenheit, in seiner Gegenwart in dieser Frage noch mit dem Generalsekretär Herrn Jenkins von dem englischen Bruderverbande zu verhandeln. Auch dieser versprach, dafür einzutreten, daß bald ein Uebereinkommen in dieser Frage zustande käme. Viel Kopfschmerzen bereitete ihm nur die Frage, daß die dem Internationalen Sekretariat angeschlossenen Verbände auch bei großen Streiks oder Aussperrungen in einzelnen Ländern nicht nur moralische Unterstützung den im Kampfe Stehenden zuteil werden lassen müssen, sondern auch finanzielle Unterstützung für die Kämpfenden aufzubringen haben. Offenbar glaubte er, daß die Mitglieder seines Verbandes nach erfolgtem Anschluß ständig Extrabeiträge zu zahlen haben würden, um ihre internationalen Pflichten zu erfüllen. Seine Bedenken wurden jedoch größtenteils zerstreut, und war das Ergebnis der wiederholten Aussprachen, daß Kollege Allmann von den Vertretern des englischen Verbandes ersucht wurde, die Notwendigkeit des Anschlusses an das Internationale Sekretariat, ebenfalls auch die Notwendigkeit des Abschlusses des Gegenseitigkeitsvertrages zwischen englischem und deutschem Bäckerverband in einem Artikel ausführlich zu begründen, und dieser soll dann im Fachblatt des englischen Verbandes an dessen Mitglieder gerichtet werden. Dann wird sich der Verbandstag unseres englischen Bruderverbandes, der im Oktober d. J. stattfindet, mit diesen Fragen beschäftigen und seine Beschlüsse fassen.

Unsere Vertreter ließen keinen Zweifel darüber, daß es das Internationale Sekretariat und der deutsche Verband auf die Dauer nicht verantworten können, daß in London so viele Tausende deutscher Kollegen unorganisiert bleiben, und wenn nicht die Möglichkeit geschaffen würde, sie dem englischen Verband durch energische Agitation anzuschließen, daß dann der deutsche Verband Einrichtungen schaffen müsse, diese Kollegen unserm Verbands zu erhalten respektive zu gewinnen, soweit sie bisher noch nicht organisiert sind. Für den letzteren Fall wurde auch in zwei Konferenzen eingehend mit den Vertretern der Gastwirtsgehilfen und Barbieri die Frage der Errichtung eines gemeinsamen kostenlosen Arbeitsnachweises für alle drei Gewerkschaften besprochen und die Verwirklichung dieses Planes in Aussicht genommen.

Hoffen wir, daß es auf dem Verbandstage unseres englischen Bruderverbandes gelingt, den Anschluß dieses Verbandes an das Internationale Sekretariat und den Abschluß des Gegenseitigkeitsvertrages mit dem deutschen Verbands zustande zu bringen.

Unsere Vertreter überzeugten sich noch von der traurigen Tatsache, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen der Bäcker in London viel schlechter sind, als sie in den letzten Jahren durch unsere Lohnkämpfe in deutschen Großstädten geworden sind. Wenn sich auch der durchschnittliche Lohn unserer Londoner Kollegen mit dem in Berlin erreichten ziemlich gleichstellt (es gibt eine größere Anzahl Kollegen mit M. 40 bis M. 60 Verdienst pro Woche, aber noch viel mehr gibt es, die weit unter dem im Jahre 1889 festgesetzten Mindestlohn von M. 27 arbeiten), so ist die Ausdehnung der Arbeitszeit doch geradezu ungeheuerlich und gesundheitsgefährdend. Arbeitszeiten von täglich im Durchschnitt 14 bis 15 Stunden, Sonnabends aber 18 bis 20 Stunden, bilden gar keine Seltenheit. Durch die Streiks der letzten Zeit geht jetzt eine Bewegung der Londoner Kollegen vor sich, in eine Lohnbewegung zur Verbesserung ihrer Lage einzutreten, allerdings fehlt dazu noch sehr viel am Ausbau und der Stärkung der Organisation.

Auf dem Rückwege von London fuhrten unsere Vertreter über Holland und hatten in Amsterdam und Rotterdam noch gutbesuchte Versammlungen abzuhalten. Freudig wurden dort unsere Vertreter davon überrascht, zu sehen, daß die Leitung des Verbandes der Bäcker und Schokoladenarbeiter in Holland in den Händen von sehr tätigen und fähigen Kollegen liegt, und so ist es auch kein Wunder, daß dort die Organisation in den letzten Jahren ganz erfreuliche Fortschritte aufzuweisen hat, von denen nur zu wünschen ist, daß sie auch weiter so anhalten werden.

Kollege Allmann hatte in diesen Versammlungen ein Referat zu halten über „Die Lohnkämpfe, Organisationsverhältnisse und Arbeiterschutzgesetze für unsere Kollegen in den verschiedenen Ländern“, während Friedmann in einem Vortrage „Die Erfolge der Lohnkämpfe des letzten Jahres in Deutschland“ behandelte. Beide Redner fanden eine aufmerksame Zuhörerchar und wurden wiederholt durch Beifall unterbrochen.

Wünschen wir nur, daß unser holländischer Bruderverband weiter so schöne Fortschritte macht wie in der letzten Zeit! — Eingehend wurde auch mit dem Vorstand des holländischen Verbandes die Frage erörtert, ob es nicht möglich sei, daß dieser Verband mit Unterstützung des Internationalen Sekretariats eine rührige Agitation unter den slawisch sprechenden Kollegen in Belgien entfaltet. Diese Frage wird noch weiter geprüft und, wenn notwendig, auch danach gehandelt werden.

So befriedigt unsere Vertreter Holland verlassen konnten, so sehr ist auch zu wünschen, daß die in England erzielten Zusagen betreffs energischer Agitation, Anschluß an das Internationale Sekretariat und Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages mit dem deutschen Verbands in die Wirklichkeit umgesetzt werden, dann wird es auch möglich sein, die Kollegen in der Riesenstadt London, die heute schlecht organisiert und zerplittert sind, einheitlich in einer starken Organisation zusammenzuführen.

Leset euer Fachorgan!

Als das vornehmste und wirksamste Mittel zur Verbreitung der Agitation haben die Gewerkschaften frühzeitig die Gewerkschaftspresse erkannt. Ihre Anfänge waren allerdings recht bescheiden, deshalb tauchte bald in den Gewerkschaften der Gedanke auf, zur intensiveren Aufklärung das Verbandsorgan obligatorisch einzuführen. Heute ist dies in fast allen Gewerkschaften durchgeführt, und zwar zum Segen der Bewegung. Die Aufgabe der Gewerkschaftspresse hat sich damit ganz gewaltig gehoben und geht heute in die Millionen. Und obwohl das genannte Verfahren den Gewerkschaftsorganisationen Hunderttausende von Mark kostet: Das Geld für diese Einrichtung ist nicht weggeworfen, es trägt vielmehr gute Früchte; denn es interessiert die Arbeiterschaft für ihre

Organisation und erzieht sie zu denkenden und überzeugten Klassenkämpfern.

Allerdings muß hier ein Einwand gemacht werden. Wohl gebührt den vielen vorfindenen Gewerkschaftsblättern ob ihrer aufklärenden Tätigkeit hohe Anerkennung. Hunderttausende von Arbeitern sind durch sie zu guten und zielbewußten Kämpfern herangebildet worden. Sie haben während der kurzen Spanne ihres bisherigen Bestehens in hohem Maße kulturfördernd gewirkt. Trotzdem muß aber auch ausgesprochen werden, daß ein gar nicht unerheblicher Prozentsatz der Gewerkschaftsmitglieder das Fachorgan nicht liebt, zumindest nicht in dem Maße, wie es notwendig und zweckentsprechend wäre.

Das klingt etwas absurd, ist aber nichtsdestoweniger wahr und sagt dem Beobachter nicht einmal etwas Neues. Bei der Verteilung des Fachorgans macht allerdings jeder Empfänger dem Blatte, das er durch seinen Verbandsbeitrag mit erhalten hilft, sein Honour. Zumindest wird ihm sofort die Ehre eines oberflächlichen Durchsehens zuteil. Damit ist selbstverständlich zumeist die Lektüre des Organs nicht erschöpft, sie geschieht später zu geeigneter Zeit.

Wie aber geschieht dies oft? Das ist je nach dem Bildungsgrade und der Individualität des Lesers grundverschieden. Da sind Kollegen, die mit Vorliebe nur die Ortsberichte studieren. Man hat ja doch auch schon einmal in Schilda oder Hofemudel gearbeitet und möchte nun einmal lesen, wie es jetzt in jenen Orten noch zugeht. Und richtig: Der Alois Müller ist immer noch Vorsteher und der Franz Lachmann Schriftführer! Das genügt manchmal schon, um befriedigt das Organ wieder aus der Hand zu legen . . .

Andere wieder durchstöbern das Blatt, um vor allem aus „ihrem“ Orte etwas darin zu finden. Und richtig: Da steht unter den Vereinsanzeigen, daß am nächsten Freitag Versammlung ist. Wenn man es auch schon auf andere Weise erfahren hat, es ist doch besser und sicherer, das schwarz auf weiß zu sehen . . .

Einem andern ist wieder der eigene Ortsbericht der höchste Lesegenuss. Wohl weiß er bereits aus eigener Anschauung, was darin enthalten sein kann, es ist aber ein eigenes prickelndes Gefühl, das nochmals nachzulesen und wohl gar die Genugtuung zu genießen, wie ein Unternehmender darin nach allen Regeln der journalistischen Kunst verprügelt wird.

Schließlich noch die Anzeigen und die Rubrik „Sterbetafel“. Es ist ja ein gutes Zeichen achtbarer Pietät, wenn die letztere recht aufmerksam studiert wird. Leider werden die Kollegen, von denen auf der „Sterbetafel“ erklärt wird, daß man ihr Andenken „fiets“ in Ehren halten werde, bald vergessen. Der hastende Zeitgeist schreiet über die toten Leiber schnell hinweg . . .

Man verkenne den Zweck dieser Abhandlung nicht. Was vorstehend vorgetragen wurde, trifft auf einen erheblichen Teil unserer Verbandskollegen zu. Sie zu ermahnen, anders, besser und gründlicher unser Organ zu lesen, das soll der Zweck dieser Zeilen sein.

Vor allem ist es notwendig, daß jeder Kollege den Zeitartikel des Blattes lieft. Er enthält in der Regel wohlbedachtliche Hinweise auf diese oder jene gewerkschaftliche Tätigkeit oder sonstige wichtige Geschehnisse und sucht für den Leser eine Anwendung zu entwickeln, sein Wissen und seine Denkfähigkeit zu heben. Weiter die vielen und ebenso notwendigen Abhandlungen über Sozialpolitik, die den Leser in dieses besondere Wissensgebiet führen und veranlassen sollen, daß er sich auch in diesen wichtigen Dingen mehr und mehr unterrichtet. Leider rechnen viele Gewerkschaftsmitglieder gerade diese Artikel zu den langweiligsten, sie lesen sie nicht, oft zum eigenen Schaden, und wenn ihnen dann einmal auf dem Gebiete der Sozialversicherung etwas geschieht, dann stehen sie hilflos wie ein Kind da und wissen auch nicht im geringsten, wie sie es anstellen müssen, um zu ihrem Rechte zu gelangen. Dann erkennt man auch die begangene Unterlassungsfünde, und der Arbeitersekretär muß zu retten versuchen, was zu retten noch möglich ist.

Weiter ist notwendig das genaue Studium der Lohnbewegungen. Dieses Kapitel zeigt dem Leser die Orte und Firmen, die gemieden werden müssen. Es zeigt aber auch weiter, was die Gewerkschaft zu leisten vermag, und wer aufmerksam liest, der wird sich durch die Lehren, die er aus dem Verlauf der verschiedenen Bewegungen zieht, sehr bald zu einem guten Taktiker auf diesem Gebiete entwickeln.

Wenn wir vorhin etwas spöttisch über die Ortsberichte urteilten, so war dies selbstverständlich nicht böse gemeint. Gut abgefaßte Ortsberichte, also solche, die das Organisationsleben in einem Orte widerspiegeln, die Konjunktur schildern und wichtige, markante Vorkommnisse wiedergeben, sind ganz gewiß lesenswert und lehrreich, sie bilden dann in ihrer Gesamtheit das Spiegelbild der Organisation. Nur müssen sie geschickt abgefaßt sein und nicht Alltägliches enthalten, dann ermüden sie den Leser nicht und tragen auf ihre Weise gleichfalls zur Bildung des Lesers bei.

Weiter erwähnen wir noch die verschiedenen „Mundschau“ und sonstigen Rubriken, vor allem auch die Abhandlungen des Fachorgans über unsere Gegner. Alles dies liefert Agitationsmaterial in Fülle und Fülle und wirkt auf die Leser in aufklärender und weiterbildender Weise.

Leset euer Fachorgan! So setzten wir diesem Artikel die Ueberschrift. Wir haben kurz nachgewiesen, daß es nicht nur, sondern auch wie es gelesen werden soll! Der alte Überzeugte sowohl wie der junge Lernbegierige Gewerkschaftsangehörige wird auch in dieser Weise unser Organ lesen, von vorn bis zum Schluß, und mit stets gleichem Interesse! Und so sollte es bei allen sein! Denn wer so verfährt, der stärkt nicht nur sein Wissen, er erhält auch im Laufe der Zeit einen vollständigen Ueberblick über das Wesen und Wirken unserer Organisation und wird sie lieb gewinnen! Und man mag das Blatt nach vollem Studium nicht einfach beiseite legen. Es gibt der indifferenten Arbeiter noch genug, denen aufklärende und aufwühlende Lektüre notwendig ist. Gebt das Blatt weiter in andere Hände, macht den Empfänger auf dies und jenes darin aufmerksam, sucht sein Interesse zu

weden und agitiert somit weiter für unsere gute Sache! Also: Leset euer Fachorgan und leset es aufmerksam in der hier angeführten Weise! Gebt es weiter und sucht an der Handlung aufzuklären! Wer so handelt, der wirkt als echter, guter, überzeugter Genosse für die hohe Sache der Emanzipation der Arbeiterklasse!

Die Bedeutung der Gewerbegerichte.

II.

Der Vorsitzende des Gewerbegerichts und dessen Stellvertreter dürfen weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein. Arbeiter und Arbeitgeber müssen zu den Sitzungen stets in gleicher Zahl zugezogen werden.

Mitglied eines Gewerbegerichts kann nur werden, wer das dreißigste Lebensjahr vollendet und in dem der Wahl vorangegangenen Jahre für sich oder seine Familie Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln nicht empfangen oder die Unterstützung zurückgezahlt hat, seit mindestens zwei Jahren in dem Bezirk des Gerichts wohnt oder beschäftigt ist. Personen, die zum Amt eines Schöffen unfähig sind, können nicht Mitglied des Gewerbegerichts werden. Durch die letztere Bestimmung können Frauen nicht gewählt werden; denn der § 31 des Gerichtsverfassungsgesetzes lautet:

„Das Amt eines Schöffen ist ein Ehrenamt. Dasselbe kann nur von einem Deutschen versehen werden.“

Da nun aber die Frau „nur“ eine Deutsche ist, darf sie, ebenso wie ein Ausländer, nicht gewählt werden.

Auch sind beide, der Ausländer und die deutsche Frau, nicht wahlberechtigt.

Die Beisitzer zum Gewerbegericht müssen je zur Hälfte von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in unmittelbarer und geheimer Wahl gewählt werden. Die Wahl erfolgt auf mindestens ein Jahr und höchstens sechs Jahre. Wiederwahl ist zulässig.

Wähler zum Gewerbegericht ist jeder deutsche Arbeiter, der der Rechtsprechung des Gewerbegerichts unterworfen ist, zur Zeit der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet und in dem Bezirk des Gewerbegerichts Wohnung oder Beschäftigung hat.

Ist die Zuständigkeit des Gewerbegerichts auf bestimmte Arten von Gewerbe- und Fabrikbetrieben beschränkt, so sind nur die Arbeitgeber und Arbeiter dieser Betriebe wahlbar und wahlberechtigt.

Auch Mitglieder einer Innung, für welche ein Schiedsgericht in Gemäßheit des § 81 b Nr. 4 und der §§ 91 bis 91 b der Gewerbeordnung errichtet ist, sowie deren Arbeiter sind weder wahlbar noch wahlberechtigt.

Die Art der Wahl selbst regelt das Statut. Neben der Mehrheitswahl ist auch eine Regelung nach den Grundsätzen der Verhältniswahl (Proportionalwahl) zulässig.

Will ein Arbeiter klagen, so hat er die Klage bei demjenigen Gewerbegericht einzureichen, in dessen Bezirk die fristige Verpflichtung zu erfüllen ist oder sich die gewerbliche Niederlassung des Arbeitgebers befindet oder beide Parteien ihren Wohnsitz haben (§ 27). Die Klage muß enthalten: die Bezeichnung der Parteien und des Gerichts, die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des Anspruches sowie einen bestimmten Antrag.

Zunächst wird ein Sühnetermin anberaumt. Der Vorsitzende hat einen möglichst nahen Termin zur Verhandlung anzusetzen. Derjenige hat bei der Verhandlung den Beweis für eine Behauptung zu erbringen, der dieselbe aufstellt. Wird eine Behauptung bestritten und kann der Beweis der Wahrheit für diese Behauptung durch Zeugen nicht erbracht werden, so entscheidet der Eid.

Erscheint der Kläger im Verhandlungstermin nicht, so ist auf Antrag des Beklagten das Versäumnisurteil dahin zu erlassen, daß der Kläger mit der Klage abzuweisen sei. Erscheint der Beklagte nicht und beantragt der Kläger das Versäumnisurteil, so werden die in der Klage behaupteten Tatsachen als zugestanden angenommen (§ 39).

Gegen ein Versäumnisurteil kann binnen einer Frist von drei Tagen seit der an sie bewirkten Zustellung des Urteils Einspruch erhoben werden. Nach Einlegung des Einspruchs ist ein neuer Verhandlungstermin anzuberaumen. Erscheint derjenige, welcher den Einspruch einlegte, auch im neuen Termin nicht, so gilt der Einspruch als zurückgenommen.

Dem Vorsitzenden allein steht das Recht zu, das persönliche Erscheinen der Parteien anzuordnen und bei Zuwiderhandlung eine Geldstrafe bis M 100 zu verhängen.

Die Beisitzer können während der Verhandlung Fragen stellen.

Das Gewerbegericht entscheidet endgültig. Berufung gegen ein Urteil kann nur eingelegt werden, wenn der Streitgegenstand (ohne Zinsen) M 100 übersteigt. Berufungsinstanz ist das Landgericht.

Die Berufungsfrist beträgt einen Monat. Die Urteile der Gewerbegerichte sind vorläufig vollstreckbar. Unbemittelte können sich vom Gerichtsvorsitzenden das Armenrecht erteilen und einen Gerichtsvollzieher zur unentgeltlichen Vollstreckung beordnen lassen.

Minderjährige (Personen vom 7. bis 21. Lebensjahre) können sich einen Vertreter bestellen, auch kann ihnen auf Antrag vom Vorsitzenden ein besonderer Vertreter bestellt werden (§ 30).

Rechtsanwälte und Personen, welche das Verhandeln vor Gericht geschäftsmäßig betreiben, werden als Prozeßbevollmächtigte oder Beistände vor dem Gewerbegericht nicht zugelassen. Als Parteien oder gesetzliche Vertreter sind auch diese Personen nicht ausgeschlossen.

Die Gerichtskosten betragen nach § 58 des Gewerbegerichtsgesetzes bei Streitigkeiten im Werte

bis M. 20	M. 1,—	bei Versäumnisurteil M. —,50
von M. 20	„ 50	„ 1,50, „ „ —,75
„ 50	„ 100	„ 3,—, „ „ 1,50

Die ferneren Wertklassen steigen um je M 100, die Gebühren um je M 8 beim Urteil, dagegen beim Versäumnisurteil nur um je M 1,50.

Schreibgebühren werden nicht berechnet. Eventuelle Zeugen- oder Sachverständigengebühren müssen aber erstattet werden.

Aus vorstehendem ist ersichtlich, daß die Anbringung einer Klage beim Gewerbegericht viel einfacher und billiger

zu bewerkstelligen ist als beim Amtsgericht. Hinzu kommt noch, daß die Arbeiter das Gewerbegericht befeht finden mit Richtern aus der Werkstatt und Fabrik, die sich vom Unternehmer oder Vorstehenden kein F für ein U vormachen lassen.

Wir freiorganisierten Gewerkschafter haben deshalb von Anfang an dem weiteren Ausbau dieser Gerichte die größte Sorgfalt angedeihen lassen, unbekümmert um die Verleumdungen der „Christen“ und Unternehmer.

Daß die Gewerbegerichte ein dringendes Bedürfnis waren und noch sind, beweist ihre große Zunahme. Im Jahre 1901 bestanden 313 Gewerbegerichte und im Jahre 1909, mit den 20 auf Grund des § 85 fortbestehenden, 474 Gewerbegerichte.

Wo Gewerbegerichte nicht bestehen, muß die Klage bei einem Objekt bis M 600 beim zuständigen Amtsgericht angebracht werden, bei über M 600 beim Landgericht.

Wer keinen Rechtsschutz vom Verband erhält, läßt sich von der Ortsbehörde einen Armenschein ausstellen und ersucht um Bewilligung des Armenrechts und Beordnung eines Rechtsanwalts und Gerichtsvollziehers. Das Armenrecht gilt nicht als Armenunterstützung. Die Klage beim Amtsgericht kann entweder schriftlich oder mündlich zu Protokoll des Gerichtsschreibers angebracht werden. Wird die Klage schriftlich eingereicht, so muß Abschrift mitgesandt werden. Klagen beim Landgericht können nur durch einen Rechtsanwalt eingereicht werden.

Wo ein Gewerbegericht nicht besteht, kann auch beim Gemeindevorsteher, Bürgermeister usw. um eine vorläufige Entscheidung nachgesucht werden. Allerdings nur in den oben im § 4 Absatz 1 Nr. 1 und 5 bezeichneten Streitigkeiten. Die Entscheidung des Gemeindevorstehers geht in Rechtskraft über, wenn nicht binnen einer Frist von zehn Tagen von einer der Parteien Klage beim ordentlichen Gericht (Amts- oder Landgericht) erhoben wird.

Fabrikation von Zuckerwaren in der braunschweigischen Landesstrafanstalt.

Seit einer Reihe von Jahren werden die Gefangenen in der Landesstrafanstalt zu Wolfenbüttel mit der Herstellung von Zuckerwaren beschäftigt. Früher war der Abnehmer dieser Waren die Firma Hirsch in Braunschweig und in den letzten Jahren verkauft die Firma Gustav Mahn & Co. in Wolfenbüttel die in der Straf-anstalt erzeugten Produkte. Bei dem Streik in diesem Frühjahr mußte die Wahrnehmung gemacht werden, daß die von der Firma Mahn herbeigeholten Rausreißer kaum in stande waren, soviel herstellen zu können, um nur einen Abnehmer mit Waren zu versehen; dagegen war die Fabrikation in der Straf-anstalt desto mehr im Schwunge. Es war auch möglich in diesem Kampfe einzelne Details über die im Gefängnis angefertigten Waren zu erfahren. So wurde festgestellt, daß für die Firma Mahn etwa 40 bis 50 Gefangene Waren anfertigen. Die Herstellung der Vikor- und Glasur-eier geschieht in einem besonders eingerichteten Raum unter Aufsicht eines von Mahn bezahlten Vorarbeiters. Die Dekorarbeiten dagegen fertigen die Gefangenen in den Zellen an. In den Zellen befinden sich gleichzeitig die Aborte, so daß keine Garantie für die bei solchen Arbeiten unerläßliche Reinlichkeit vorhanden ist.

Diese Vorgänge, welche nicht nur die in dieser Industrie Beschäftigten, sondern die Gesamtindustrie schädigen, veranlaßten unsere Organisationsleitung in Braunschweig, in einer Eingabe an das Landesministerium ein Verbot der Fabrikation von Zuckerwaren in der Straf-anstalt zu erwirken. Diese Eingabe wurde am 30. März abgesandt. Das Ministerium hatte es aber nicht so eilig, um sofort eine Untersuchung dieser skandalösen Vorgänge zu veranlassen. Erst unterm 26. August erhielt unsere Zahlstellenleitung nachstehende Antwort zugestellt:

Herzoglich Braunschweig-Lüneburgisches
Staatsministerium.

Braunschweig, 26. August 1911.

Auf die Eingabe vom 30. März 1911 erwidern wir nach Anhörung des Oberstaatsanwalts folgendes:

Die Herstellung von Zucker- und Tragantwaren in der Landesstrafanstalt zu Wolfenbüttel gibt, was sowohl die Auswahl der dabei beschäftigten Gefangenen in gesundheitlicher Beziehung wie die Reinlichkeit derselben und der Arbeitsräume anlangt, zu Bedenken keinerlei Anlaß. Wir haben uns daher auch mit der Verbehaltung dieser Arbeiten einverstanden erklärt, da wir derartige Arbeiten für die Strafgefängnisse so lange nicht entbehren können, wie nicht die Beschäftigung derselben auf andere Weise sichergestellt ist. Daß mit der Verbehaltung dieser Arbeiten die in der Eingabe behaupteten Schädigungen des Bäckerei- und Konditoreigewerbes und der freien Arbeiter in diesem Gewerbe verknüpft sei, können wir nicht anerkennen, zumal die von der Unternehmerin zu zahlenden Arbeitslöhne mit Rücksicht auf die besondern Verhältnisse bei der Gefängnisarbeit nicht als besonders niedrig bezeichnet werden können.

Um aber für den bezeichneten Arbeitsbetrieb jede Möglichkeit nicht einwandfreien Verfahrens der dabei beschäftigten Gefangenen auszuschließen, haben wir hierneben angeordnet, daß, sobald als tunlich, die Vornahme der betreffenden Arbeiten aus den Einzelzellen in gemeinschaftliche Arbeitsräume verlegt wird, in denen eine ständige Ueberwachung eines jeden Gefangenen erfolgen kann. Außerdem haben wir eine alljährlich vorzunehmende Befichtigung aller Arbeitsbetriebe in den Gefangenenanstalten zu Wolfenbüttel und hier durch das Gewerbeaufsichtsamt verfügt.

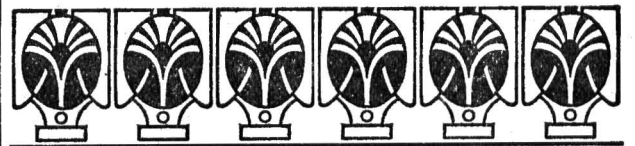
Hartig.

Die nach fünf Monaten erfolgte Antwort bezeichnet zur Evidenz den sozialen Horizont der braunschweiger Staatslenker. Obwohl die Herstellung von Zuckerwaren und die Ausführung der Dekorarbeiten in den Straf-anstaltszellen zugegeben wird, hat sich das Staatsministerium mit der Verbehaltung dieser Arbeiten einverstanden erklärt, „da wir derartige Arbeiten für die Strafgefängnisse so lange nicht entbehren können, wie nicht die Beschäftigung derselben auf andere Weise sichergestellt ist“. Mit andern Worten, das

Ministerium will von den Gefangenen Profit herausziehen, selbst auf die Gefahr hin, daß für die Zuckerwarenkonsumenten die größten Gefahren in gesundheitlicher Beziehung entstehen. Dieser Mißstand bleibt so lange bestehen, als nicht durch anderweitige Beschäftigung der Gefangenen der Profit sichergestellt ist. Das Ministerium gibt doch indirekt selbst zu, daß die Beschäftigung der Gefangenen mit Dekorarbeiten in den Zellen nicht einwandfrei sei, sonst würde es doch nicht angeordnet haben, daß diese Arbeiten aus den Einzelzellen in gemeinschaftliche Arbeitsräume verlegt werden, in denen eine ständige Ueberwachung eines jeden Gefangenen erfolgen kann. Außerdem wurde eine alljährliche Befichtigung der Arbeitsräume in der Straf-anstalt durch das Gewerbeaufsichtsamt verfügt.

Von einer außerordentlichen Sachkenntnis zeugt jedoch die Stelle: „Daß mit der Verbehaltung dieser Arbeiten die in der Eingabe behaupteten Schädigungen des Bäckerei- und Konditoreigewerbes (in der Eingabe heißt es Zuckerwarenindustrie) und der freien Arbeiter in diesem Gewerbe verknüpft sei, können wir nicht anerkennen, zumal die von der Unternehmerin zu zahlenden Arbeitslöhne mit Rücksicht auf die besondern Verhältnisse bei der Gefängnisarbeit nicht als besonders niedrig bezeichnet werden können.“ Diese Deduktion wird bei den Mittelständlern mit sonderbaren Gefühlen aufgenommen werden, weil hier die Zucht-hausarbeit mit den Gründen verteidigt wird, die jede staats-erhaltende Stille ins Banken bringt. Bei jeder Gelegenheit wird doch geschrien, die Sozialdemokratie will den Mittelstand ruinieren; nun, wo vom „sozialdemokratischen“ Verband im Interesse der Zuckerwarenindustrie ein Verbot verlangt wird, daß Zuckerwaren nicht mehr in der Straf-anstalt hergestellt werden dürfen, weil dadurch die Industrie in ihrem Ansehen und in finanzieller Beziehung geschädigt wird, erfolgt vom Ministerium die Antwort, das treffe nicht zu, weil für die Gefängnisarbeit ungefähr dasselbe als den freien Arbeitern im Gewerbe bezahlt wird.

Natürlich werden wir uns mit der Antwort des braunschweigischen Staatsministeriums nicht zufrieden geben, sondern veranlassen, daß die Angelegenheit im Landtag und Reichstag zur Sprache kommt. Die Firma Mahn & Co. in Wolfenbüttel gehört als Mitglied der Vereinigung der Zuckerwaren- und Schokoladenfabrikanten an; schon aus diesem Grunde wird kaum die Unternehmerorganisation Schritte zur Abstellung dieses skandalösen Zustandes unternehmen.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Quittung.

Vom 4. bis 9. September gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

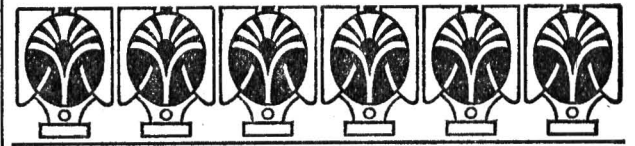
Für August: Landshut M. 426,70, Berlin 9066,70, Köln 325, Dresden 3176,50, Regensburg 312,80, Hannover 576,10, Solingen 130,55, Essen 327,20, Apolda 43,80, Biberach 13,80, Würzburg 150,70, Spremberg 26,40, Flensburg 135,30, Düsseldorf 214,90, Biersen 21,85, Grimmitzschau 39,40, Schwabach 20,90, Straubing 41,30, Halle 467, Passau 39, Hanau 14,50, Cassel 294,40, Dessau 65,70, Homburg v. d. H. 70,70, Kiel 538,90, Herford 584,25, Bremen 513,40, Hamburg 4458,20, Magdeburg 647,70.

Von Einzelnahlern der Hauptkasse: D. H. Albed M. 1,50, F. H. Wiedel 3, E. W. Borstel 4, F. B. Rotenburg 6, G. H. Selb 6, R. M. Wismar 5,10, D. U. Zeulenroda 3, E. St. Grabow 36,30, P. W. Nordhausen 4,80, K. J. Reichensachsen 6,60.

Für Abonnements und Annoncen: Zentralfrankkaffe Düsseldorf M. 42, Sch. Merzhausen 3, E. Sch. Berlin 39, „Fortschritt“ Altona 10.

Der Hauptkassierer. D. Freitag.

Spätestens am 16. September
ist der 38. Wochenbeitrag für 1911
(17. bis 23. September) fällig.



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einfindungen müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen und vom Vorsitzenden gegenzeichnet sein.)

Bäcker.

Charlottenburg. (Ein Gegenabbat.) Einen geradezu verzweifelten Kampf für einen gefügigen gelben Gesellenauschuß führt die Bäckerinnung von Charlottenburg nun schon seit mehreren Monaten. Viele Jahre waren die Innungsmacher dort im trauten Verein mit ihren Kreaturen so recht idyllisch unter sich und selten erfuhr man überhaupt etwas davon, daß dort ein Gesellenauschuß besteht, oder ein solcher neu gewählt werden sollte. Aus dieser beschaulichen Ruhe wurde der Obermeister Przewonski aber plötzlich voriges Jahr aufgeschreckt, als sich unsere dortigen Verbandsmitglieder, die nur durch einen glücklichen Zufall Kenntnis vom Stattfinden der Neuwahl erhielten, entschlossen, sich an

der Wahl zu beteiligen. Obgleich zu der Wahl von uns keinerlei Vorbereitungen getroffen werden konnten (man hatte erst am Vormittag erfahren, daß nachmittags die Wahl stattfinden sollte!) waren unsere Mitglieder so stark angezogen, daß kaum andere Kandidaten als unsere Mitglieder hätten in Frage kommen können. Obermeister Przewowski war zwar erschrocken, aber nicht verlegen. Sofort wurde das Telephon in Bewegung gesetzt und die Wahl bis zum Eintreffen der gelben Mäusreißerhilfsgarde verschoben. Kaum aber waren von dieser Gesellschaft soviel zur Stelle, daß sie vielleicht um eine oder zwei Stimmen die unsern übertrafen, (es waren ja insgesamt höchstens 20 bis 25 Personen erschienen) als der Obermeister erklärte, keinen, der erst jetzt noch käme, zur Wahl zuzulassen. Dennoch gelang es uns, drei Mitglieder in den Ausschuss hineinzubringen. In diesem Jahre mußte man aber doch noch schärferes Geschick aufbieten, um die verhassten „Noten“ wieder loszumerden. Das war allerdings leichter gesagt als getan; denn bei der Wahl, die am 17. Juli stattfand, waren trotz aller Anstrengungen der Innung kaum ein Duzend getreuer Schächsen erschienen, denen freilich, sehr zum Leidwesen des Obermeisters, etwa 45 Verbandsmitglieder gegenüberstanden. Da war nun guter Rat teuer! Aber der finstige Obermeister wußte sich zu helfen. Wozu wäre denn auch seine Innung im Zweckverband der Bäckereien von Groß-Berlin, der von Schmidt, Milleville und Genossen geleitet wird, die ja so oft zeigten, daß sie den Befähigungsnachweis als „unparteiische“ Wahlleiter vollkommen erbracht haben. Ganz unvermittelt erklärte er also, nachdem er einsehen mußte, wie jämmerlich sich die paar Gelben neben unsern Verbandsmitgliedern ausnahmen, daß die in der Großbäckerei von Ulbrich beschäftigten — es sind das ausschließlich nur Verbandsmitglieder — weder wahlberechtigt noch wählbar sind, da er gehört habe (??), daß der Betrieb von Ulbrich in andere Hände übergegangen sei. Trotz heftigen Protestes blieb er bei seiner Erklärung, und als sich die Kollegen nicht fügen wollten, machte er Miene, die Hilfe der Polizei herbeizurufen.

Um sich nicht strafbar zu machen, verließen diese Kollegen das Wahllokal. Mit einem Schlage waren auf diese Weise an 40 unserer Mitglieder um ihr Wahlrecht geprellt worden, und nun hatten die „Zuverlässigen“ eine wenn auch geringe Majorität für sich. Unter solchen Umständen zogen es die noch anwesenden Verbandsmitglieder vor, diese ekelhafte Komödie nicht mitzumachen, und verließen, ohne sich an der Wahl zu beteiligen, ebenfalls das Wahllokal. Daß dieses Demagogentück Bestand haben würde, das glaubte der schlaue Obermeister selbst nicht. Wußte er doch zu gut, daß seine Behauptung, die Bäckerei von Ulbrich sei in andere Hände übergegangen, völlig aus der Luft gegriffen ist. Für ihn kam es darauf an, Zeit zu gewinnen und einen andern Mobilisierungsplan durchzuführen, um die bösen Verbändler doch schlagen zu können. Dieser Plan ist ihm ja nun auch geglückt. Auf die sofort von uns eingelegte Beschwerde hatte der Magistrat von Charlottenburg zum 31. August eine Neuwahl ausgeschrieben, und nun konnte man das Genie des Obermeisters Przewowski in seiner ganzen Glorie bewundern. Wahlberechtigt war diesmal zum erstenmal in Charlottenburg nur, wer die bekannte und berüchtigte Legitimationskarte aufweisen konnte, die ja die Wahlmacher, die von seiner Seite kontrolliert werden können, an ergebene Kreaturen ausgeben können. Während bei früheren Wahlen sich höchstens 20 bis 25 getreue Seelen beteiligten, war diesmal bereits eine halbe Stunde vor dem angeetzten Wahltermin der Saal von Gelben ziemlich besetzt. Um 8½ Uhr kamen unsere Verbandsmitglieder, die vorher noch eine Versammlung hatten, in der Stärke von etwa 70 Personen an, und nun wurde es dem Obermeister wieder ziemlich ängstlich zu Mute. Sowohl bei ihm als auch bei den übrigen, äußerst zahlreich erschienenen Meistern machte sich eine erklärliche Nervosität bemerkbar. Geradezu fieberhaft wurde wieder das Telephon in Bewegung gesetzt. Es wurde beim Sprechmeister nach Legitimationskarten gefragt, der seinerseits erklärte, daß er solche nun nicht mehr besitze, daß aber bei einem Mitglied des Innungsvorstandes noch welche zu haben seien. Die Wahlhandlung wurde immer und immer wieder hinausgezogen und als sie endlich begann, wurden alle, die während der Wahl noch erschienen, zur Wahl zugelassen! Das tat ja nun auch seine Wirkung! Immer und immer wieder rückten kleine Trupps Meisterretter, von denen die meisten kaum jemals eine Backstube gesehen haben mochten, an, die ohne weiteres ins Wahllokal einmarschieren konnten. Aller Protest unserer Mitglieder gegen diese Handhabung nützte nichts. Um sich vor lästiger Beobachtung zu schützen, mußte der Wirt des Lokals die anwesenden Vertreter des Verbandes aus dem Lokal weisen. Schließlich erschienen auch noch einige Verbandsmitglieder. Jetzt aber hatte der Obermeister nichts Eiligeres zu tun, als denen die Beteiligung zu verjagen und die Saaltüren schließen zu lassen!! Unter solchen Umständen war der Ausgang der Wahl nicht zweifelhaft. Unsere Liste brachte 71, die der Gegner 91 Stimmen auf. Wie der Obermeister diese 91 Stimmen zusammengebracht hat, kann man sich leicht erklären. Es ist erwiesen, daß die anwesenden Bäckermeister, die gar nicht nach der Legitimationskarte gefragt wurden, ebenfalls gewählt haben. Einer dieser Herren war unsern Kollegen so bekannt, daß sie ihn sofort stellten! Mache nichts, der Mann durste wählen!! Aus Wilmersdorf, das Zwangsinnung besitzt, sowie aus den angrenzenden Stadtteilen von Berlin, wie das ebenfalls einwandfrei festgestellt wurde, beteiligten sich die Gegner in großer Zahl an der Wahl, und als in einem speziellen Fall der Betreffende ebenfalls von unsern Kollegen gestellt wurde, erklärte der Obermeister: „Dann nehmen wir einfach einen Stimmentel — welchen, sagte er nicht — zurück! Der Charlottenburger Innungssprechmeister hatte die Türkontrolle, die er auch ganz zur Zufriedenheit des Obermeisters ausübte. Viele Duzende von „Gesellen“, die er für „zuverlässig“ hielt, konnten ohne irgendeine Behelligung ins Wahllokal gehen, und als ihn unsere Mitglieder auf einige Arbeitslose, die eben ins Lokal kamen, aufmerksam machten, erklärte er: „Die kenne ich, die habe ich heute erst in Arbeit geschickt.“

Unter solchen Umständen war von vornherein keine Aussicht, daß wir den Gesellenausschuss zu erobern vermöchten. Unsere in Charlottenburg arbeitenden Kollegen waren vollzählig erschienen. Allerdings den vereinigten Kräften der Innung und ihrer Mäusreißer, die mit geradezu zynischer Offenheit ihre Wahlmotive betrieben und ihren gesamten Landsturm von Berlin und seinen vielen Vororten mobil gemacht hatten, mußten wir schließlich weichen. Für uns aber ist der Tag dieser Wahl ein Ehrentag. In Charlottenburg, als westlicher Berliner Vorort, in dem die „oberen Jehntaufend“ dominieren, hatten wir viele Jahre hindurch kaum einigen Anhang. Jetzt war es uns möglich, 71 Stimmen aufzubringen, ohne die 15 bis 20 Kollegen, die nicht zur Wahl zugelassen wurden. Auf dieses Resultat können wir mit Recht stolz sein. Zeigt es uns doch, daß wir auch in den „feinen“ Stadtvierteln und Vororten Boden gewinnen.

Ob aber Obermeister Przewowski auf seinen Sieg stolz sein wird? Freilich, in Anbetracht der moralischen Grundsätze, die wir bei den hiesigen Innungen kennen gelernt haben, glauben wir schon, daß er sich keine Gewissensbisse machen wird. Es muß aber doch schlimm aussehen, wenn die Innungsleitung solche infame Mittel anwendet, um sich nicht von einem unabhängigen, ehrlichen Gesellenausschuss in die Karten gucken zu lassen. Wir haben bei den beiden Berliner Innungen schon manches erlebt, was kaum noch übertroffen werden konnte; was aber diesmal in Charlottenburg fertig gebracht wurde, stellt alles bisher dagewesene weit, weit in den Schatten. Für die Innung und ihre Mäusreißer war dies ein Tag der Schande! Das möchte der Obermeister sowie Wischnowski (der in höchsteigener Person zur Stelle war, es aber vorzog, sich vor den Blicken der ehrlichen Verbandskollegen zu verbergen und erst wieder zum Vorschein kam, als die Wahl beendet war) wohl auch fühlen. Sie verließen den Kampfplatz so scheu und unsicher, als wären sie die Geschlagenen. Ob sie ihres Sieges aber überhaupt froh werden, wird die Zukunft ergeben.

Hamburg-Altona. Mitgliederversammlung am 27. Aug. Zum ersten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Lanke über: Reaktionsäre Bestrebungen auf den Verbandstagen der Bäckermeister. Der Referent legte ausführlich klar, daß unsere Bäckermeister und deren Führer sich von den schwächsten Reaktionsären durch nichts unterscheiden, als durch ihre größere Tapferkeit und dummdreißiges Auftreten. Reicher Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung begründete Kollege Meppen die Notwendigkeit der Anstellung eines dritten Ortsbeamten. Er legte dies an der Entwicklung der letzten Jahre der Mitgliedschaft dar und hob hervor, daß für die in der Fabrikbranche tätige Arbeiterschaft, welche unter den elendesten Lohn- und Arbeitsbedingungen vegetiert, nicht genügend getan werden konnte, da Vorstand und Angestellte mit Arbeit überlastet seien. Die Anstellung eines Kollegen aus dieser Kategorie werde Früchte tragen. In der Debatte beteiligten sich die Kollegen Gnuzman, Bruner, Daniels, Stubbe und Lehmann. Stubbe plädierte für Anstellung einer weiblichen Kraft. Hierauf gab Kollege Krohn der Versammlung bekannt, daß der Lokalvorstand zu dem auf Grund der im Verbandsorgan erfolgten Ausschreibung eingegangenen Bewerbungen Stellung genommen; der Vorstand schlage der Versammlung die Kollegen Boffe-Braunschweig und Kunert-Hamburg zur Wahl vor. Nach kurzer Debatte wurde der Kollege Kunert-Hamburg einstimmig zum Hauptvorstand zur Anstellung für den Posten empfohlen. Nach Bekanntgabe einiger interner Angelegenheiten erfolgte Schluß der Versammlung.

Thorn. Am Sonntag, 8. September, fand auf Wunsch der Thorn Mitglieder eine Versammlung zur Gründung der Zahlstelle statt. Der Bezirksleiter Grygo-Danzig war erschienen und sprach über: „Die kommenden Kämpfe im Bäckergewerbe, und welche Aufgaben haben unsere Berufs-kollegen, wenn sie dem Gegner gerüstet gegenüberstehen wollen, zu erfüllen.“ Der anregende Vortrag wurde mit sichtlichem Interesse entgegengenommen. In der Diskussion versprachen die Kollegen, mit aller Kraft für die Weiterentwicklung der neu zu gründenden Zahlstelle zu wirken und dafür zu sorgen, daß in Thorn der Verband die ihm gebührende Stellung einnimmt. Es wurde beschlossen, nachdem am Orte 25 feste Mitglieder sind, eine selbständige Zahlstelle zu errichten. Nachdem die örtliche Leitung gewählt war, wurde beschlossen, eine rege mündliche Agitation in den Reihen der in den Kleinbäckereien arbeitenden Kollegen vorzunehmen, damit die Berufsangehörigen mehr Interesse für den Verband bekommen. Der Boden für die Organisation ist vorhanden. Wenn die notwendige Aufklärungsarbeit von den Mitgliedern geleistet wird, so werden auch die Erfolge nicht ausbleiben. Ein Bericht des Gewertereins, der in der „Thornener Zeitung“ zum Zwecke der Denunziation von dem wahrheitsliebenden Herrn Hinz (Führer des Hirsch-Dunderschen Gewertereins) veröffentlicht worden war, wurde zur Kenntnis genommen. Die Versammlung war davon überzeugt, daß der von den Unternehmern protegierte Hinz in seiner Hilfslosigkeit zum letzten Mittel, zu schmachlichster und niedrigster Verdächtigung greift, um die Reste des im Leichtenuch erstarrten Gewertereins als antikes Ueberbleibsel für die Nachwelt zu retten. Wir haben vor kurzer Zeit bereits festgestellt, daß Herr Hinz, wenn er den Mund aufzut, seine Klassengenossen auf die schmachlichste Art düpiert. Er weiß aber doch wohl, daß die Brotfabrik keine Bevorzugung kennt, sondern die Angestellten nur nach Leistungsfähigkeit und Lächlichkeit einrichtet; warum betreibt er also wissenschaftlich niedere Verdächtigung? Nun, die Bäckergesellen von Thorn werden dem „Arbeiterführer“ für seine servile Haltung zu geeigneter Zeit die notwendige und wohlverdiente Quittung geben. Angeregt wurde noch, daß jeden ersten Sonntag im Monat die Versammlung in dem bekannten Lokal, nachmittags 2 Uhr, stattfinden soll und es erwünscht sei, daß alle Verbandsmitglieder sich rege an den Versammlungen beteiligen. Kollege Grygo berichtet noch, daß er eine Beschwerdeschrift, welche die Befreiung der Lehrlingszuchterei betrifft, an die Handwerkskammer der Provinz Westpreußen eingereicht habe. In Thorn wurden elf Bäckermeister ermittelt, die drei bis sechs Lehrlinge und keinen Gesellen beschäftigen. Die Antwort steht noch aus. Ferner wurde in der Versammlung festgestellt, daß in Thorn ein Gesellenausschuss, der die Interessen der Gesellen und Behr-

linge wahrnehmen soll, nicht besteht. In Thorn besorgt die Bäckerrinnung in vollstem Frieden die „Fürsorge“ für die Bäckereilehrlinge und Gesellen ungestört ganz allein! Diese Angelegenheit wurde zur Beratung für die nächste Versammlung zurückgestellt.

Nach Erledigung der Tagesordnung ernannte Grygo die Mitglieder, hauptsächlich aber den neugewählten Vorstand, zur ernststen und nachhaltigen Pflichterfüllung. Wenn die Vorstandsmitglieder gewissenhaft und freudig ihre Pflicht erfüllen, so wirkt solche Tätigkeit anspornend auf die andern Verbandsmitglieder. Die Kollegen von Thorn haben sich dem Zentralverbande ihrer Berufsorganisation angeschlossen, haben sich eine Zahlstelle geschaffen; jetzt heißt es mit vereinten Kräften für die Entwicklung der Organisation durch unermüdbare Aufklärung und Werbung neuer Mitglieder zu arbeiten. Mit einem begeisterten Hoch auf die neugegründete Zahlstelle wurde die Versammlung geschlossen.

Seefahrende.

Wie der Norddeutsche Lloyd mit Angestellten verfährt, die einer freien Gewerkschaft angehören. Ein bereits viele Jahre zur See fahrender Kollege schreibt uns über seine Maßregelung bei dem „Lloyd“:

Mitte April d. J. wurde mir der Dienst auf dem Dampfer „König Albert“ unter Verweigerung der Angabe des Grundes gekündigt. Da kam mir in Erinnerung, daß sich einmal zwei Nachkollegen, spätere Aufwächter, namens Ernst Gase aus Rastenburg in Ostpreußen und Ferdinand Wellen aus Granenberg geäußert hatten: „Den bringen wir vom Bord, indem wir nach Bremen schreiben, daß derselbe im Verbands ist und auch mit demselben korrespondiert.“ Ferner zeigte Ernst Gase einen Brief unter seinen Gefinnungsgenossen herum, den ich vom Vorstand unserer Organisation erhalten und den Gase mir vor anderthalb bis zwei Jahren gestohlen hatte, wobei er die Ehre prahlte: „Der Brief kommt nach Bremen, dann ist er für immer fertig beim Lloyd.“ Gemeint war natürlich ich.

Leider hatten diese beiden „Surra-Lloyd-Angestellten“ nicht den Mut gefunden, ihren Plan auszuführen, solange sie noch an Bord des „König Albert“ waren, sondern erst nach ihrer Umusterung in Genua. Letzteres erfuhr ich erst, als beide schon nach Bremerhaven gefahren waren, um dort die Vorbeeren zu ernten, die sie sich in Gedanken ersehnt hatten.

Als ich meine Kündigung erhielt, sagte ich sofort, daß der Grund hierzu nur in der Denunziation liege; man suchte aber allerlei Ausflüchte und schließlich hörte ich nur: „Das dürfen wir Ihnen nicht sagen, so leid es uns tut, Sie sind jedoch nahezu dreieinhalb Jahre an Bord und wir sind mit Ihnen immer sehr zufrieden gewesen; wir wollen also sehen, ob die Kündigung nicht rückgängig gemacht werden kann.“

Ich blieb tatsächlich noch an Bord und wir machten zwei weitere Reisen. Dann wurde mir aber bei unserer Ankunft im Juli in Genua nochmals und zwar endgültig gekündigt. Die Angabe des Grundes wurde mir wieder verweigert. Von verschiedener Seite erfuhr ich nur, daß die beiden Vertreter durch nochmalige anonyme Briefe ihren verwelteten Lorbeer aufgefrischt hatten, indem sie mich als gefährlichen Aufwiegler denunzierten. Dabei waren sie doch schon ein Vierteljahr von Bord, und ich war schon immer diesen beiden gegenüber äußerst vorsichtig im Reden gewesen. Wohl hatte ich beiden manchmal den Standpunkt klar gemacht, wenn sie über die Gewerkschaften oder deren Führer herzogen, oder wenn sie mit dem Gelde prahlten, daß sie beim Neuporker Hafnarbeiterstreik als Mäusreißer verdient hatten — äußerten sie doch sogar immer den Wunsch, daß bald nochmals gestreift werden möge, damit sie wieder „verdienend“ könnten — hatte sie aber sonst möglichst gemieden. Ich wollte aber trotz alledem versuchen, von der Direktion selber den Grund meiner Entlassung zu hören und schrieb dorthin, höflich bittend, mir die Anlagen gegen meine Person wenigstens wissen zu lassen und mir die Denunzianten zu nennen.

Aber die Herren fanden es wirklich nicht der Mühe wert, zu antworten, oder fürchteten, ich könnte den beiden ein gerichtliches Nachspiel bereiten, wenn sie mir Antwort gäben. Man erfüllte meine Bitte nicht, obgleich man doch sonst immer stark mit „Arbeiterfreundlichkeit“, natürlich nur in den gelben Vereinen, herumprahlte.

Beim „Lloyd“ genügt es also schon, daß irgend ein Schandbube einen anonymen Brief schreibt, und ein langjähriger Angestellter fliegt auf die Strafe. Soll man es da noch als „Ehre“ ansehen, wie die Vorgesetzten es mitunter nennen, bei einer solchen Gesellschaft zu fahren, ihr seine Dienste zu weihen und ihr seine Gesundheit zu opfern?

Ich möchte dieses gerne allen Kollegen und besonders den Seefahrenden zur Kenntnis geben, damit auch sie endlich aus ihrem Sumpfe erwachen und erkennen, was für eine Sorte Gesellen in ihren eigenen Reihen steckt. Darum an die Arbeit, hinein in die Organisation, dann hören solche Sachen von selbst auf.

Die Bremer Arbeiter im allgemeinen muß man aber auch ganz besonders ermahnen, daß sie bei der nächsten Reichstagswahl einer solchen Behandlung eingedenk sind und den Lohndherren und ihrem Anhang die richtige Antwort auf derartige Brückstücker der Arbeiterschaft geben. Keiner der zahlreichen Loydangestellten kann es ja wissen, ob es ihm nicht gerade so geht wie mir — es genügt schon ein anonymes Schreiben, und verteidigungslos wird jedem die „Lebensstellung“ genommen!

Fr. S., ehemaliger Bäcker des „König Albert“.

Fabrikbranche.

Herford. (Ein Gemütsmensch.) Von den sogenannten Herren Meistern oder auch von den besonders „hoch hinauswollenden“ gewöhnlichen Sterblichen in den Herforder Zuckerverfabriken sind wir ziemlich viel gewöhnt, aber ein jetzt bei der Firma Diekmann & Müller passiertes Stücklein ist doch solch starker Tabak, daß wir die Öffentlichkeit anrufen wollen. Es arbeitet bei der Firma in der Konditoreiabteilung seit geraumen Jahren ein Herr Ernst Küster. Der Herr ist Hausbesitzer; er ist für den Verband aus dem Grunde nicht zu gewinnen, weil er zwei Söhne hat, die das Lehrerseminar besuchen, und diesen wolle er keine Schwierigkeiten in ihrer Karriere bereiten! Und dieser selbe Mann, den hier angeblich die ausgeprägte Vaterliebe zwingt, nicht dem Verband beizutreten, der darauf verzichtet, durch diesen seine Lebenslage

zu verbessern, der zu ideal veranlagt ist, um seinen Schönen einen schlechten Ruf mit auf den Weg zu geben, springt mit den Kindern anderer Leute, die allerdings arme Teufel sind, in einer solch hundsstößigen Weise um, daß es jeden anständigen Charakter aufs äußerste empören muß! Hatte er da in seiner Abneigung den Sohn einer armen, kranken Witwe, namens August Nühling, 17 Jahre alt, der wegen Krankheit der Mutter augenblicklich im Männerasyl Unterkunft gefunden hat und der persönlich einen überaus ängstlichen und zurückgebliebenen Eindruck macht. Mit diesem Jungen spielte er förmlich Schindluder. Einmal setzte er ihn auf den heißen Kochherd, sobald die Hefe verbrannt und sicher auch das Gefäß Brandwunden davongetragen hat. Ein andermal trieb gegenanther Herr die Gemeinheit so weit, daß er den armen Teufel sich hinlegen ließ, ihm befahl: „Augen zu, den Mund auf“ und ihm in dieser Situation einen gekauten Briem direkt in den Mund spuckte. Wir stehen nicht an, dieses Gebahren hunds-gemein und als eines anständig sein wollenden Menschen direkt unvorsichtig zu bezeichnen. Um so schändlicher, als es sich um einen armen, schußlosen Jungen handelt! Entschuldigungen können hier nicht gelten; man ist geneigt, wenn nicht an Bosheit, so an Evidenz zu denken. Bei der Firma hat dieser Herr anscheinend eine gute Nummer; als man der Zeitung die unglaubliche Schweinerei mitteilte, erklärte sie, das sei unmöglich, so etwas läte Herr Küster nicht. Wir sind, geflüßt auf einwandfreie Zeugen, jederzeit bereit, für unsere Behauptungen den Beweis anzutreten, und halten uns im Interesse der Kollegenenschaft und zumal unserer jugendlichen Kollegen moralisch für verpflichtet, solche Schandthaten un-nachlässiglich zu brandmarken. Den Herren Inhabern sollten solche Dinge doch Anlaß zum Denken geben und sie veranlassen, sich ein wenig mehr als bisher um das leidliche Wohl der Arbeitsburden zu kümmern, fernermalen es den Herren doch auffallen dürfte, daß ihr Betrieb in bezug auf jugendliche Arbeiter einem wahren Taubenschlag gleich; denn ohne Ursache keine derartige Wirkung, wozu hier aller-dings auch noch die traurigen Löhne der jungen Leute mitwirken.

Aus Unternehmerkreisen.

Bäckerei.

Die Freie Vereinigung der Bäckermeister Groß-Berlins und das Sonntagsbäckerverbot. Am 24. August fand eine öffentliche Bäckermeisterversammlung statt, die von der „Freien Vereinigung“ einberufen war um zur Frage des Sonntagsbäckerverbotes Stellung zu nehmen. Der Referent Fischer unterbreitete als Gegner des Bäckerverbotes der Ver-sammlung diese Resolution:

„Das Sonntagsbäckerverbot würde neue Beunruhigung im Bäckergewerbe herbeiführen. Es ist nicht geeignet, den be-absichtigten Zweck, allen Berufsangehörigen einen freien Tag in der Woche zu bringen, zu erreichen. Der Polizeipräsident wird deshalb ersucht, von einem solchen Verbot Abstand zu nehmen.“

Als zweiter Redner wandte sich Thoma ebenfalls gegen das Bäckerverbot. Er beantragte jedoch in einer Resolution, den Polizeipräsidenten zu ersuchen, daß vor Erlaß des Bäck-verbotes sein Erlaß den Bäckermeisterorganisationen unter-breitet wird, damit diese für einen angemessenen Schutz ihrer Interessen sorgen könnten. In der Diskussion sprachen sich fast sämtliche Redner für den Erlaß des Bäckerverbotes aus. Nun erklärte der Referent Fischer im Schlußwort, er habe sich von den gegen sein Referat vorgebrachten Einwänden überzeugen lassen und ziehe seine Resolution zugunsten der von Thoma eingebrachten zurück. Jedoch es wurde auch diese Resolution abgelehnt. Zur Annahme gelangte eine von Wolf empfohlene Resolution, in der der Polizeipräsident ersucht wird, baldmöglichst das Sonntagsbäckerverbot ein-zuführen, aber dafür zu sorgen, daß keine Umgehung des Verbotes durch Restaurationsbäckereien oder andere Betriebe erfolgen kann. Nachdem sich nun auch die „Freie Vereinigung“ zu den Befürwortern des Bäckerverbotes geschlagen und vorher bereits die Opposition der Großbetriebsinhaber zum Schweigen gebracht wurde, herrscht Einigkeit im Unternehmerr-lager darüber, auf welche Art die Arbeiter um den sechsund-dreißigstündigen Ruhetag geprellt werden sollen.

Aus gegnerischen Organisationen.

Vom gelben Sumpf zu den Hirschen. Der gelbe Bund hat unter den mitteldeutschen Gehilfenvereinen durch die Mitarbeit des Drevitz in den letzten Jahren manchen Anhänger für seine zweifelhafte Sache gefunden. In den Mitteln, die man dabei zur Anwendung brachte, war man allerdings nicht wählerisch. Die Verleumdungen und Ver-dächtigungen, welche sich der jugendliche Drevitz leistete, gehen auf keine Kuhhaut. Und alles geschah um des lieben Handwerks willen, zum Schutze der Kleinmeister und zum Schanden der Gesellen. Für das Liebäugeln mit den Unter-nehmern erwartete der gelbe Jüngling mit Recht von diesen den Lohn. Er reflektierte bei den Innungen auf Anstellung als Sprechmeister oder sonst auf eine Stelle als Innungs- oder Krankenkassenreferent. Als es aber auch damit zu Wasser wurde, glaubte der Naive, nun werde der Bund sein ihm schon oftmals gegebenes Versprechen einlösen. Aus der Anstellung wurde jedoch nichts; ja, die Innungen rückten hörbar von dem Beschützer der Kleinmeister ab. Die völlige Scheidung erfolgte in Frankfurt a. M. bei der diesjährigen Lohnbewegung, wobei zwischen der Innung und unserer Organisation ein Tarifabschluß unter Ausschaltung der Gelben perfekt wurde.

Nun hatte bei den Gelben das Liebesgittern um die Meister auch ein Ende. Drevitz sah sehr richtig ein, so bald die Unternehmer die schützende Hand und den vollen Geld-beutel zurückziehen, dann muß die gelbe Sumpfpflanze ver-dorren. Diese Blamage zu vereiteln brachte ihn auf den Gedanken mit Mann und Maus irgend bei einem Organi-sationischen, wo sich vielleicht später Aussicht auf eine erträg-liche Pfändnerstelle bot, Unterschlupf zu suchen. Die größte Seelenverwandtschaft mit den Gelben wiesen die Hirsche auf. Diese hatten vielleicht ebensooft schon den Streifbruch pro-klamiert als die Meisterkreise, hatten sich dieselben schma-rokerischen Anwinseleien der Unternehmer zu eigen gemacht,

verfügten über einige Offiziere ohne Soldaten und haben dieselbe gähnende Leere in der Kasse als die Gelben. Drevitz schenkte mit seinem Fährlein zu den Hirschen ab.

Natürlich war der gelbe „Präsident“ mit dem Verhalten seines Schülers nicht einverstanden. Am 4. August fand in Mainz eine Gesamtvorstandssitzung des Zweigbundes statt, wobei die Angelegenheit zum Austrag gebracht wurde. Die gelbe Zeitung bringt hierüber einen Bericht, nach welchem es den Anschein gewinnt, der Uebertritt des Drevitz zu den Hirschen habe lediglich eine innere Festigung des Zweig-bundes bewirkt. In Wirklichkeit ist es aber anders. Hierüber gibt uns eine öffentliche Versammlung in Homburg v. d. S. Einblick, in welcher Wischnöwski über die Gesamtvorstand-sitzung in Mainz Bericht erstattete. Der Redeschwall ging darauf hinaus, daß er Drevitz anflehte, doch von seinen krummen Wegen umzukehren, alles sei ihm vergeben. Nun kam Drevitz an die Reihe. Er ging gleich aufs Ganze und äußerte sich wie folgt über den gelben Bund: Der gelbe Bund ist nur ein Vergnügungsverein; der Bund mit seinen Einrichtungen sei Schwindel, Unterfützungen würden keine gezahlt. Der Bund sei ein Machwerk der Bäckerinnungen, und würde von diesen unter-halten und reichlich mit Geldmitteln unterfützt. Die Beiträge würden von den meisten Bundesmitgliedern nicht bezahlt, nur wenig Mitgliedschaften führen Beiträge nach Berlin ab. Die Fachzeitung „Deutscher Bäcker- und Konditorgehilfe“, die abonniert werden müsse, werde umsonst geliefert, da keine Abonnenten da seien oder von den Innungen bezahlt und dann den Gesellen zugestellt. Der Bund hätte nur wenig Mitglieder, aber alles was mal im Bunde oder in den Versammlungen gewesen sei, würde immer dazu gezählt und dadurch käme die große Mitgliederzahl heraus, die aber in Wirklichkeit gar nicht vor-handen sei. Die Tarife, die bisher von den Gelben ab-geschlossen wurden, sind nur durch die Kämpfe des Zentral-verbandes zustande gekommen, da sie selbst aus eigener Macht niemals zum Abschluß gekommen wären und die Innungen hätten ja leicht bewilligen können, da sie ja keine weitergehende Forderung aufstellten. Auch könne ja der Bund niemals etwas machen, da er ja von den Meistern unter-stützt werde und abhängig ist. Das viele Geschrei, welches um die Sonntagsruhe gemacht werde, sei leeres Stroh gedroschen. Es sei dem Bunde gar nicht ernst für die Sonntagsruhe und das Bäckerverbot einzutreten, aber man müsse doch den Gesellen in den Versammlungen etwas erzählen. Wie es gemacht wird, die Gesellen noch mehr zu entzweien, habe er (Drevitz) erst kürzlich auf dem Bundesstag in Sachen gesehen. Dort habe Wischnöwski mit den Obermeistern es fertig gebracht, daß die Gesellenvertreter eine Resolution angenommen haben, worin sie auf die Sonn-tagsruhe für alle Zeiten verzichten und wie er sich dagegen verwahrt habe, wurde ihm auf die Finger geklopft und Schweigen geboten. Im Zweigbund Mecklenburg ist auf Wunsch der Obermeister und der Bundes-leitung eine Resolution angenommen worden, worin auf den freien Tag und auf die Sonntagsruhe verzichtet und als Ersatz hierfür, ein Tag Ferien gegeben wird. Die Bundeszeitung, „Deutscher Bäcker- und Konditor-gehilfe“, gehöre gar nicht dem Bunde. Er habe gar nicht das Geld aufbringen können, die Zeitung sei total verschuldet und gehöre den Gläubigern. Wischnöwski sei als Inseratensammler angestellt und er-halte 25 pPct. von den Einnahmen aus den Inseraten. Er schlucke das meiste; auch habe er sonst noch recht fette Pfünden und Ein-nahmen. Wie die Bundesgesellen sonst von den Meistern eingeschätzt und behandelt würden, davon könne man viele Beispiele bringen. In Homburg und Mainz hätten Vorstandsmitglieder sich verheiratet und dann von ihrem Meister das Logis herausbezahlt haben wollen; dieses haben sie nicht bekommen, aber den Laufpaß und doch waren diese bei Vorstandsmitgliedern der Innung beschäftigt ge-wesen. Der Obermeister Jzstadt von Mainz habe zu ihm und dem jetzigen Zweigbundesvorsitzenden Haug in Mainz gesagt, daß es in Mainz kein Logis herausgebe und in bezug auf Sonntagsruhe gebe es auch nichts, sie möchten bei den Bundesmitgliedern dafür eintreten, daß sie zufrieden seien. So mußten die gelben Leiter die Geselleninteressen vertreten. Den Gesellen wolle der Mainzer Obermeister nichts geben, aber an seiner Villa einen Seitenflügel für M. 20 000 an-bauen, dafür hätte derselbe Geld. Auch wäre sonst noch vieles faul im Bunde. Bundesmitglieder, die sich selbständig machten, hätten ihre Gesellen (Bundesmitglieder) ver-hauen; hierin zeichne sich vor allem ein früheres Mitglied, Köhler, der jetzt eine Bäckerei in Berlin habe, aus. Wie es mit dem Ansehen Wischnöwskis hauptsächlich in Berlin bestellt sei, habe ihm folgendes Bild gezeigt: Wie er, Drevitz, im Frühjahr beim Streik in Berlin war, sei er auch einmal in einer Bundesversammlung gewesen, wo Wischnöwski ge-sprochen habe, dort hätten dessen Ausführungen den Beifall der Versammlung nicht gefunden und ein Vorstandsmitglied, namens Brunster-mann, habe ihn dann von der Tribüne herunter-geholt, so daß er nicht weiter sprechen konnte. Die Versammelten waren über Wischnöwski sehr erbost. Man sehe aus all dem Angeführten, daß der Bund Schwindel ist, der von den Innungen erhalten und bezahlt wird und wenn die Meister ihre schützende, fürsorgliche Hand zurückziehen, dann sei er ein Strohhäuschen, wenn man dran klopft, dann brennt er.

Wischnöwski saß da wie ein Häufchen Glend als die furchtbare Anklage wie Peitschenhiebe auf ihn niederprasselte. Seine Erwiderung war nur ein konfuscs Stammeln und Flehen, doch um Himmelswillen ihn nicht zu verlassen, der bestrebt sei die Meister gegen den roten Verband zu schützen. Im gelben Bund stinkt es also noch viel mehr als man bisher imstande war an die Öffentlichkeit zu bringen. Drevitz, der seit Jahren mit in den vordersten Reihen stand und in manche Geheimnisse eingeweiht wurde, könnte vielleicht noch mehr aus der Schule plaudern, als er in Homburg getan hat. Nun ist er bei den Hirschen gelandet. Die Gefinnung ist dieselbe geblieben, es wurde lediglich die Etikette gewechselt. Wenn dort seine Pläne nicht in Erfüllung gehen, so können wir es noch erleben, daß er auch dort ein unrühmliches Ende finden wird. Das eine können wir heute schon sagen, daß es dem Renegaten, selbst wenn er mit den gemeinsten Ver-

leumdungen gegen uns operiert, niemals gelingen wird die Bäckergehilfen den Hirschen in die Arme zu treiben.

Geld stinkt nicht. Der „christliche“ Zentrumsverband in der Nahrungs- und Genussmittelindustrie heulte in seiner „Solidarität“ wie ein Schloßhund über den „unglaublichen Terrorismus“ der beim Berliner Streik von unserm Verband gegen Andersdenkende ausgeübt wurde. Besonders mokierte sich das Blättchen für Wahrheit und Recht über die ver-werflichen Praktiken der Streikleitung, nach welchen Gesellen, die in tarifstreuen Betrieben unorganisiert waren, ihren Obolus zur Beistener der Streikunkosten bezahlen mußten und zwar, wie es bei Lohnkämpfen allgemein gehandhabt wird, das Eintrittsgeld, 10 Wochenbeiträge und die von den Ver-sammlungen beschlossenen Streikbeiträge. In Berlin machte der Gesamtbetrag M. 18 aus. Darüber gerieten die „Christ-lichen“ in die stillkliche Entrüstung und flugs erschienen in der „Solidarität“ eine flammende Anklage gegen die vom „sozial-demokratischen“ Verbände beliebte Beutelschneiderei. Die Unternehmerpresse stürzte sich auf die Notiz wie hungrige Wölfe und servierten den stinkenden Knochen brühwarm ihren Lesern.

Nun trug sich im Christenlager während derselben Zeit, wo in der Redaktion der „Solidarität“ die flammende Anklage gegen den Terrorismus geschrieben wurde, genau dasselbe zu. Bei dem Streik in Mannheim, woran sich die Christlichen beteiligten, wurde von diesen genau so ver-fahren wie von den Roten in Berlin und Mannheim. In Bäckereien, wo die Forderungen anerkannt wurden und Streikbrecher beschäftigt waren, nahmen die „Christlichen“ ebenfalls erst dann die Bewilligung entgegen, wenn der Gehilfe M. 18,50 bezahlt hatte und zwar 50 M für Eintritt, 10 Wochenbeiträge à 40 M gleich M. 4 und für 3 Wochen à M. 3 Streikbeiträge gleich M. 9, das ergibt die obige Summe. Dieses Geschäft scheint den „Christlichen“ gefallen zu haben, denn sie waren eifrig auf der Jagd nach Gehilfen für M. 18,50. Das wurde auch als ganz selbstverständlich betrachtet, weil ja die Roten ebenfalls so handelten, nur mit dem Unterschied, daß bei uns M. 18,50 bezahlt werden mußten. Die „Christlichen“ haben also hier nicht nur — um mit der „Solidarität“ zu reden — den „unglaublichen Terrorismus“ betrieben, sondern sie machten nebenbei noch den billigen Jakob, um viele Mitglieder in ihre Netze zu locken. Die Bezahlung der Beiträge und Streikbeiträge betrachtet jeder Mensch als selbstverständlich. Oder sollen diejenigen mit ernten, die das ganze liebe Jahr keinen Pfennig für die gewerkschaftliche Organisation übrig haben und keinen Finger krümmen machen zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Gehilfen? Schon deshalb würden wir darauf nicht mehr eingegangen sein. Was uns aber dazu veranlaßte, das ist die Doppelzüngigkeit der „Christen“, die ihr ganzes Sinnen und Trachten darauf ver-wenden, den Scharmachern Material zu einer neuen Auf-lage eines Ausnahmegesetzes gegen die Gewerkschaften in die Hände zu spielen. Hat man aber Gelegenheit bei den „Christlichen“ hinter die Kulissen blicken zu können, dann kann man sehen, wie sie eifrig bemüht sind, denselben „Terrorismus“, wie er angeblich bei den Roten betrieben wurde, nachzuäffen. Während die rechte Hand einen mit flammender Entrüstung durchspickten Artikel gegen den „un-glaublichen Terrorismus“ der Roten schreibt, streicht die linke Hand die klingende Münze von den tarifstreuen Betrieben ein. Ja, ja, die rechte Hand soll nicht wissen, was die linke tut. Ob auch die Unternehmerpresse von diesem „unglaublichen Terrorismus“ Kenntnis nehmen wird?

Ein Kulturdokument christlicher Nächstenliebe. Der „Münchener Post“ entnehmen wir:

„Unser Freiburger Parteiblatt veröffentlicht in einer Polemik gegen den „Bad. Beob.“ folgenden Brief eines „Christen“ an die Braut eines freigewerkschaftlich organisierten Arbeiters. Wir geben den Brief ohne Kommentar, er wird auch so verstanden werden. Wie mag es aber in dem frommen Kopf dieses Menschen aussehen? Der Brief lautet:

Konstanz, den 6. Juni 1911.

Sehr geehrtes Fräulein!

im besitze Ihrer Adresse teile ich Ihnen mit daß Sie mit dem Sozialdemokrat Kurzer eine drübe ausücht zu erwarten haben. Ich will Ihnen diesen roten lärmelhaften Kerl näher beschreiben, ein anständiges Mädchen gibt sich mit so einem rohen Sozi überhaupt nicht ab. Da ich Sie aber schon öfter mit dieser roten Bestie gesehen habe, betrachte ich es als meine heiligste Pflicht, Sie noch rechtzeitig dieser roten Bestie zu entreißen, auch hatten Sie schon Ihre Freundinnen dabei, Sie haben es zu verantworten wenn diese brafen Mädchen verdorben werden, denken Sie wie schwer die Sünde ist mit einem roten zu gehen. Der Kurzer der rote Lärmel das ist der ärgste in Konstanz der böse Sozi der will ales rot machen. Die Hirschen in der Löwenbrauerei waren voriges Jahr noch so from und brav wie die Schäf-lein, sie gingen in die Kirche und beteten, ja ales war inen recht und sie waren zufrieden mit ihrer Arbeit und den schönen Lohn. Aber wehe als der rote Teufel in das Geschäft kamm da war das Feuer am Dach, ehe man sich recht umsa hate er die fromen Schäflein zu so rohen Sozi gemacht, die iner mer Lohn wollen. Der wirt ewig verdamt werden dafür werden wir sorgen, auch in der Schweiz macht er die brafen Leute zu so rohen Soziest ist unerhörnt mit dem frechen Kerl. Und erst die höchste Ge-meinheit von dem roten Hund bei den Krankentassen Wahlen, da drüb er erst sein unwesen am ergsten, beim Furhalter Dür haten wir den Knechten 15 an der zahl unsere Stim-mzettel mit Bescheinigung gegeben, und ales in feinste Ordnung gebracht zur Wahl, und sihe da der rote Teufel hin und nam uns ale weg und noch in einer Furhalterei drüb er das unwesen und nam uns so in den 2 Geschäften 20 bis 25 Stimen weg auf der Strafe und überal drüb er sein unwesen der abscheuliche rote Teufel, daß wirt er noch schwer zu büßen haben wenn er einmal vor den richterstuhl Gottes hin treten muß, da wirt im das rote weg gehen dem roten Keib. Auch so ein rotes schmir Blat Volksmacht behittelt sich das hez Organ hat er helfen ver-breiten, daß macht ein anständiger Mensch zweimal nicht.

Und erst in der Brauerei da dreibt er sein unwesen wider mit den Knechten, wenn er einen Karatter besiken würde wie unsere Christlich organisierten Arbeiter dann würde er sich mit den Bauern überhaupt nicht abgeben, die den Kuh Dref an den Kleidern und Schuhen haben so ungebildete Menschen, denken Sie nur jezt hat er der rote es so weit gebracht das inen den drefigen Bauern der Herr Huber mehr Lohn geben muß für solche Kerl sind doch 12 M. zu viel, in der Brauerei sind auch welche die den Kuhdref noch an den Stiefeln haben, die wollen auch gleich 30 M. und noch mehr solche Kerl die nicht gelernt haben und die unterstützt der rote häßliche Kurer da können Sie sich denken was der für einen Karatter hat wenn er sich mit so stink Bauern abgibt, die den Kuhdref an den Kleidern haben. Wir werden sorgen das der rote auf der Strafe hungern muß bis er schwarz wird den der hat uns schon Schaden genug gemacht der rote Reib, das kan und darf nicht mehr so weiter gehen, fort muß er hinaus aus Konstanz der rote Kurer abscheulichste unter den Menschen Herr Huber soll sie alle vort jagen die rote Bande, wir liefern im Leute die sil biliger und besser arbeiten als die roten. Gehen Sie doch liber in das Marien Haus als mit dem abscheulichen Kurer von dem werden Sie an Leib und Seele verdorben, schon manches Mädchen hat sein Glück bei uns gefunden bei uns gibt es ja so sil schöne und brafe Burfchen, denken Sie nur mit so einem häßlichen Mensch wie der Kurer verheiratet sein, das hife lebend in der Hölle sein. Indem ich hofe das Sie Sich die Goldenen Worte die aus meinem munde flisen zu Herzen nehmen wil ich mein wert der Heiligen Pflicht schlißen. Wenn sich der Kurer der häßliche rote, die gefährliche Bestie wider nähert weisen Sie die Türe und spuken im in sein häßliches Gesicht dem roten Reib. Solten die Heiligen Worte nichts nützen dan müßte ich mich an Ihren Vater wenden deses Adresse ich auch weis. Seien Sie recht Herzlich Begrüßt St. N.

Was wird Christian Schmitz zu diesem Terrorismus sagen?

Internationales.

Nach Paris reisende

deutschsprachende Kollegen werden dringend aufgefordert, sich im deutschen Leseklub „Club du lecture allemand“, 49 Rue de Bretagne, zu melden, wo ihnen stets erfahrene und stadtbekannt Genossen mit Rat und Tat zur Seite stehen. Wie uns von dortigen Kollegen berichtet wird, ist es leider vorgekommen, daß aus deutschen Ländern kommende Kollegen in Unkenntnis der Verhältnisse einem gelben Bäcker-syndikat in die Hände gefallen sind.

Nach London reisende

Kollegen deutscher oder skandinavischer Länder wollen sich nach dem Lokal des deutsch-kommunistischen Klubs, London W., Charlottenstreet 107, wenden, in welchem Lokale sich auch der Sitz der Zahlstelle des Deutschen Bäcker- und Konditorenverbandes befindet. Dort stehen ihnen stets erfahrene und stadtbekannt Genossen mit Auskunft zur Seite.

Internationales Sekretariat für Bäcker und Konditoren.
O. Allmann.

Sozialpolitisches.

Erste Hilfe bei Verletzungen mit offenen Wunden in Betrieben und Werkstätten. Es ist ein von Ärzten und Krankenkassen längst anerkanntes Prinzip, daß der Vorbeugung von Krankheiten weit größere Bedeutung zukommt als ihrer Behandlung, aus dem einfachen Grund, weil die Ursachen beseitigt werden, die zur Wirkung führen. Ganz dasselbe gilt aber auch für Verletzungen, namentlich dann, wenn sie offene Wunden mit sich bringen, wobei man durch entsprechende Vorsichtsmaßregeln, wenn man sie gleich am Beginn der Verletzung anwendet, vermeiden kann, daß sich Komplikationen daraus entwickeln.

Dr. Grünwald in München empfiehlt daher für die in gewerblichen Betrieben so häufig vorkommenden Verletzungen mit offenen Wunden die Behandlung mit Jodtinktur. Die Wunden werden mit einem Jodanstrich versehen, worauf sie bald ohne jede Entzündung und Eiterung heilen. Diese Prozedur wird auch bei ganz kleinen Stich- oder Schnittwunden empfohlen, die dem betreffenden Arbeiter oder der Arbeiterin so unwesentlich scheinen, daß sie ihnen keine Beachtung zuwenden, die aber dennoch zu schweren Folgen, wie Blutvergiftung und Zellgewebsentzündungen führen können. Gerade die Zellgewebsentzündungen, die in der Unfallstatistik eine so große und für die betroffenen Arbeiter eine so verhängnisvolle Rolle spielen, pflegen sich in der Regel aus kleinen, nicht beachteten Verletzungen zu entwickeln, ebenso Wundrose und der in der Regel tödlich verlaufende Wundstarrkrampf. Solch schwere Konsequenzen — so meint Dr. Grünwald — dürften sich in Zukunft wesentlich verhüten lassen durch die Anwendung des empfohlenen Mittels.

In jedem gewerblichen Betriebe müßte daher eine Flasche Jodtinktur zu dem angegebenen Zwecke vorhanden sein. Ein paar Tropfen davon auf ein reines, keimfreies Stiel Wattes geossen, genügen, die wunde Stelle und ihre Umgebung zu betupfen; die Blutung muß jedoch vorher zum Stillstand gebracht werden. Das geschieht durch das Aufdrücken eines reinen Wattetupfers auf die verletzte Stelle, den man einige Minuten auf der Wunde beläßt und dann vorsichtig entfernt. Jedenfalls darf kein Wasser auf die Wunde kommen, noch viel weniger darf die Wunde, wie das im Volk so üblich ist, etwa mit den Lippen „ausgesaugt“ werden. Nachdem die Wunde mit Jod bestrichen ist, verschließe man sie ein bis zwei Tage lang mit einem aseptischen (infektionsverhindernden) Verband.

Da besonders Zellgewebsentzündungen unzählige Verfrüppelungen der Gliedmaßen bei Arbeitern zur Folge haben, wäre eine Verhütungsmaßregel, wie die in Rede stehende, nicht nur in hygienischer und wirtschaftlicher Beziehung für die Arbeiter selbst von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit, sie ist auch vom Standpunkt der Arbeiter-Kranken- und Unfallversicherung von großem materiellen Vorteil, weil durch die Verhütung von Krankheiten und dauernden Unfallfolgen Krankenunterstützungen und Renten-

zahlungen in diesen beiden Zweigen der Arbeiterfürsorge erspart werden könnten. Ihr eigenes finanzielles Interesse sollte daher die beiden Institutionen bestimmen, der hier angeregten Sache ihre ganze Aufmerksamkeit zu widmen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Die Anfangsmonate des zweiten Halbjahres brachten auf dem Arbeitsmarkt gegen das zweite Vierteljahr keine nennenswerten Veränderungen mit sich. Die Arbeitslosigkeit war nach den Berichten der Fachverbände an das Kaiserlich Statistische Amt im Juli mit 1,6 pZt. auf derselben Höhe wie in den beiden Vormonaten. Nach den Berichten der Krankenkassen ist jedoch ein kleiner Rückgang eingetreten.

Eine bedeutende Steigerung haben die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen ergeben. Sie betragen im Juli M. 149 291 837, das sind M. 8 798 795 mehr als im gleichen Monate des Vorjahres. Auf das Kilometer kommt eine Mehreinnahme von M. 128 oder 4,71 pZt.

Soweit der Geschäftszug für unsern Beruf in Frage kommt, war derselbe infolge der großen Hitze wie der Reisezeit mäßig gut zu nennen. Die Kaffee- und Wiskuitfabriken waren deshalb zum Teil gezwungen, eine Verkürzung der Arbeitszeit einzuführen oder es wurde durchgehende Arbeitszeit angeordnet.

Der Geldmarkt zeigte sich, obwohl durch die Marokko-affäre ungünstig beeinflusst, in Deutschland günstiger und widerstandsfähiger als im Auslande, besonders in England und Frankreich. Der Privatdiskont stieg wohl in den ersten Tagen des August auf 2½ pZt. und tägliches Geld erreichte eine Höhe von 3 pZt., aber dieser Vorgang ist mehr dem Umstände zuzuschreiben, daß Ende September große internationale Geldansprüche gestellt werden, wie das alljährlich in Erscheinung tritt. Im Auslande dagegen haben die Marokkoausbehebungen Verwirrungen hervorgerufen. Die dreiprozentige französische Rente sank von 95,22 am 24. Juni auf 94,30 am 26. Juni, die zweieinhalbprozentigen englischen Konsols gingen in der gleichen Zeit von 79¹¹/₁₆ auf 78¹/₈ herab. In denselben Tagen notierte die dreiprozentige Deutsche Reichsanleihe 83,60 bzw. 83,70; also hier machte sich eine umgekehrte Bewegung wie oben bemerkbar. Für diesen Vorgang sprechen zwei Möglichkeiten; entweder die Börsenhauptlinge glauben selbst nicht an Kriegsgefahren oder die Regierung hat die Hochfinanz gut im Zügel, damit sie die Sicherung eines notwendig werdenden Kredits um so leichter erreichen kann.

Bei den hauptsächlichsten Rohprodukten, wie sie im Gewerbe und in der Industrie Verwendung finden, zeigt die Kurve eine beträchtliche Preissteigerung an. Auf dem Getreidemarkt ist eine Haufe bemerkbar, wie sie seit Jahren nicht mehr eingetreten ist. Für 1000 kg Weizen wurden in Berlin Ende August M. 205,75 bezahlt, am 2. September schnellte der Verkaufspreis auf M. 215,50 empor. Fast jeder Tag brachte Veränderungen, so daß innerhalb einer Woche eine Preiserhöhung von M. 9,75 pro Tonne eingetreten ist. Ungefähr die gleiche Entwicklung weisen die Roggenpreise auf. Hier ergab sich im Laufe der letzten Augustwoche eine Steigerung von M. 175 auf M. 189,50 oder um M. 14,50 pro Tonne. Infolge dieser exorbitanten Erhöhung der Weizen- und Roggenpreise wurden auch die Mehlsorten entsprechend teurer. Weizenmehl kostete am 2. September M. 26,50 bis M. 29,50, Roggenmehl M. 23,40 bis M. 25,30; das bedeutet eine durchschnittliche Preiserhöhung von M. 1 bis M. 1,50 innerhalb einer Woche. Die Preissteigerung kann nicht auf die Hitzeperiode zurückgeführt werden. Damals war das Getreide bereits geschnitten oder schnittreif. Aus Deutschland, aus den Vereinigten Staaten, noch mehr aus Kanada und aus Ungarn liegen günstige Berichte vor. Allerdings ist in Ausland ein erheblicher Ausfall der Roggenernte zu befürchten, was jedoch den Gesamtweltmarkt noch keineswegs ungünstig beeinflusst, da noch mit starken älteren Vorräten zu rechnen ist. Rußland versucht nun in Deutschland Roggen anzukaufen, worauf die Getreidespekulanten und Agrarier selbstverständlich sofort eingehen. Für sie kann es doch kein lohnenderes Geschäft geben, als wenn sie den Roggen über die Grenze werfen und dabei pro Tonne von der deutschen Regierung — vielmehr von den deutschen Steuerzahlern — M. 50 Ausfuhrprämie aus der Reichskasse erhalten. Je mehr Getreide nun nach dem Auslande exportiert wird, desto mehr wird der Inlandsmarkt von diesem Produkt entblößt und den Spekulanten Tür und Tor zu weiteren Preissteigerungen geöffnet.

Dasselbe Bild wie auf dem Getreidemarkt macht sich auf dem Zuckermarkt bemerkbar, der noch dazu in ganz bedeutendem Umfange von der Spekulation abhängig ist. Seit Mai ist nach Notierungen in Magdeburg der Doppelzentner Rohzucker Korn I von M. 20,03 auf M. 25,40 gestiegen, welche Höhe am 27. Juli erreicht wurde. In derselben Zeit stieg Raffinade I (Brot) von M. 41,75 auf M. 46. Den Restforderungen von 1910 wird dadurch ziemlich nahegerückt. Die Preissteigerung wird weder hier noch auf dem Getreidemarkt zum Abschluß gekommen sein; sie befindet sich erst im Anfangsstadium und wird noch in diesem Jahre viel höhere Preise zeitigen.

Die letzten Monate standen förmlich im Zeichen der Teuerung aller Lebensmittel. Das Steigen der Fleischpreise übertrifft sie gegen das Vorjahr weit. Obwohl infolge der herrschenden Dürre und des dadurch eingetretenen Futtermangels ein stärkerer Viehauftrieb erfolgte und daher angenommen werden könnte, daß die Fleischpreise sinken würden, ist das Gegenteil dessen eingetreten. Nach der „Statistischen Korrespondenz“ für Preußen kostete das Kilo Rindfleisch in der ersten Hälfte des August 169,5 \mathcal{M} , gegen 155,9 \mathcal{M} in der gleichen Zeit 1909, Kalbfleisch 185,3 \mathcal{M} (173,6 \mathcal{M}), Hammelfleisch 183,5 \mathcal{M} (169,6 \mathcal{M}), Schweinefleisch 146,5 \mathcal{M} (162,1 \mathcal{M}), Pferdefleisch 77,8 \mathcal{M} (74,8 \mathcal{M}). Abgesehen vom Schweinefleisch sind sämtliche Sorten gestiegen und selbst das Pferdefleisch weist diese steigende Tendenz auf. Ein schlechtes Zeichen für den „riesig gestiegenen Nationalwohlstand“. Damit aber nicht genug, selbst die Kartoffel weist eine bedeutende Preissteigerung auf, die pro 100 kg M. 1 bis M. 5 beträgt. Die Arbeiterschaft geht schlechten Tagen entgegen. Was sie sich durch die Gewerkschaften bei den Lohnkämpfen an Lohn-erhöhungen erringen konnte, wird ihr jezt doppelt und dreifach wieder von den Brot- und Fleischwucherern genommen.

Je krasser das Elend unter der Arbeiterschaft herrscht, um so höhere Reingewinne streicht das Unternehmertum aus der Mehrwertzeugung der Arbeiter in seine Tasche. Die Reingewinne der Aktiengesellschaften stiegen von M. 1 377 254 000 im Jahre 1908/09 auf M. 1 504 788 000 im Jahre 1909/10. An die Aktionäre wurden M. 1 043 900 000 gegen M. 959 704 000 Dividenden im Vorjahr verteilt. Die Durchschnittsdividende betrug 7,76 gegen 7,38 im Jahre vorher. Die Klust in der Lebensweise der Kapitalisten und der Arbeiter erweitert sich von Jahr zu Jahr. Erreicht der Arbeiter im zähen Kampfe einige Pfennige an Mehrlohn, so tritt mit Bestimmtheit ein, daß ihm das Doppelte vom Agrarier wieder genommen wird. Der Kapitalist dagegen steckt Tausende an Mehrgewinn in seine Tasche; für ihn kommt die Teuerung überhaupt nicht in Frage. Von einer Milderung der Klassengegensätze kann unter solchen Umständen keine Rede sein.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Zum Kampf im Hamburger Holzgewerbe, der nun bereits fast ein halbes Jahr dauert, ist zu berichten, daß kürzlich auf Veranlassung außenstehender Personen die Vertrauensmänner beider Parteien zu Besprechungen zusammengetreten waren, um den Versuch einer Verständigung von neuem zu unternehmen. Herr Bürgerchaftspräsident Engel gab den Anstoß hierzu und lud zunächst die Vertreter des Holzarbeiterverbandes zu sich, um zu hören, welche Bedingungen für den Friedensschluß jezt in Frage kämen. Ihm wurde erklärt, daß der Holzarbeiterverband nunmehr an den mit dem neuen Arbeitgeberverein abgeschlossenen Vertrag inf. Arbeitsnachweis sich gebunden erachte und dieser auch mit dem Schußverband nicht anderes abmachen könne. Der Schußverband lehnte in einem Schreiben an Herrn Engel die Anerkennung dieses Vertrages strikte ab, verlangte dafür aber unter Aufrechterhaltung seiner bisherigen Forderungen einen besondern Vertrag und auch einen eigenen Arbeitsnachweis mit dem Holzarbeiterverband. Der Holzarbeiterverband erklärte diesen Standpunkt des Schußverbandes für gänzlich un diskutabel.

Zu gleicher Zeit hatte auch ein Vertreter des Bau-gewerkeverbandes den Versuch einer Verständigung unter-nommen. Er zeitigte neue Vorschläge. Während nun die Leitung des Holzarbeiterverbandes sich trotz großer Bedenken verpflichtete, für deren Annahme einzutreten, lehnte der Vorstand des Schußverbandes sie ab. Sie legten ihrer Versammlung eine Resolution vor, die den sofortigen Abschluß eines Vertrages verlangt, während die Entscheidung über die Regelung des Arbeitsnachweises durch ein unparteiisches Schiedsgericht und zwar innerhalb einer Woche erfolgen sollte. Diese Resolution ist aber tatsächlich vom Vorstandstische aus mehr bekämpft als befürwortet und von der Versammlung dann auch abgelehnt worden. Der Schußverband will also auf der betretenen Bahn weiter fortfahren. Es herrscht in den Reihen seiner Truppen eine unbändige Kampfesstimmung, was sich daraus erklärt, daß das Element der sogenannten „Spahntrauer“ die Situation beherrscht und unter der Führung ihres „Hauptmanns“ weiter im trüben zu fischen trachtet. Die für den Kampf eigentlich in Frage kommenden Betriebsinhaber sehen dem wilden Spiel mit nachdenklicher Miene zu, aber zu einem energischen Auftreten gegenüber dem unverantwortlichen Treiben der Scharfmacher haben sie sich bislang noch nicht aufgerafft. Sie ziehen dagegen vor, der Reibe nach einzeln eine Verständigung mit dem Holzarbeiterverband zu treffen und ihre Betriebe wieder aufzumachen. Die Zahl der Streikenden nimmt beständig ab. In Anbetracht der ver-hältnismäßig noch großen Zahl unregelter Betriebe und der immer noch über 1000 betragenden Zahl der Streiken-den, kann aber von einer Beendigung des Kampfes noch keine Rede sein.

Der mit dem neuen Arbeitgeberverein vereinbarte parti-tätische Arbeitsnachweis ist am 21. August eröffnet worden und erfreut sich des regsten Zuspruches von beiden Seiten. Mag nun der Schußverband seine Haltung einrichten, wie er will, an der Tatsache wird er nichts mehr ändern. Die Stunde wird kommen, wo er sich in sein Schicksal wür-fügen müssen — ob ihm auch noch so sehr davor graut. Vorläufig schlägt er noch große Töne an, also muß der Kampf mit allem Nachdruck weiter geführt werden.

Internationale Konferenz gewerkschaftlicher Landes-zentralen. In Budapest fand am 10. August die Siebte Internationale Konferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Landeszentralen statt. Die Konferenz war von 26 Delegierten, die 18 Länder vertraten, besucht. Die De-legierten repräsentierten sechs Millionen organisierte Ar-beiter. Es waren außerdem anwesend drei Vertreter einer nicht angeschlossenen Landeszentrale in Bulgarien und ein Vertreter der nicht angeschlossenen Workers of the World. Bei der Feststellung der Präsenzliste protestierte der Ver-treter der letzteren Organisation gegen die Anwesenheit von James Duncan, dem Vertreter der Federation of Labor, die angeschlossenen ist. Es entspann sich eine sehr lange Debatte über den Anschluß der Workers of the World, die sich aber wesentlich in eine prinzipielle Auseinandersetzung ver-lief, ob es zulässig sei, daß der Delegierte der Federation of Labor gleichzeitig Mitglied der Civic Federation, einer Organisation sei, deren Tendenzen auf den Ausgleich der Gegensätze zwischen Unternehmer und Arbeiter gerichtet sind. Die Franzosen Jouhar und Vbetot sowie der Oester-reicher Queber wandten sich gegen die Zugehörigkeit zu einer solchen Organisation; Legien, die Engländer und der holländische Vertreter wollten die Frage überhaupt ausge-schieden wissen, da es niemanden was angeht, welcher Or-ganisation ein Vertreter außer seiner Gewerkschaft noch angehöre. Auf Antrag der Holländer wurde mit allen gegen fünf Stimmen beschlossen, die Frage nicht zuzulassen. Die Diskussion wendete sich dann der Frage zu, ob die Workers of the World den internationalen Gewerkschaften ange-schlossen werden kann. Hierbei wurde die ganze amerikani-sche Gewerkschafts- und Parteifrage aufgerollt. Die Ver-treter der beiden amerikanischen Organisationen gerieten scharf aneinander. Nach langen Auseinandersetzungen wurde

der Antrag auf Anschluß der Workers of the World ein- stimmig abgelehnt.

Es wurde dann der Bericht des Internationalen Sekretärs diskutiert und die bulgarische Streitfrage behandelt. In Bulgarien bestehen auch zwei Landeszentralen, deren eine bisher nicht zugelassen wurde. Auf Antrag der Delegierten aus Oesterreich, Ungarn, Kroatien, Bosnien und Serbien wurde beschlossen, bis zur nächsten Internationalen Konferenz beide bulgarische Landeszentralen nicht zuzulassen und ihnen aufzugeben, sich zu einigen.

Zu der Frage der Internationalen Unterstützungsaktionen lag ein längerer Antrag der Landeszentrale Schweiz vor, der für die internationalen Hilfsaktionen einheitliche Normen schaffen will. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

a) Das Internationale Sekretariat hat sich an internationalen Hilfsaktionen nur dann zu beteiligen, wenn gleichzeitig mehrere Berufs- und Industrieverbände eines Landes berant in wirtschaftliche Kämpfe verwickelt sind, daß die zu deren Durchführung erforderlichen Mittel im eigenen Lande oder von den internationalen Branchenorganisationen, denen die beteiligten Verbände angehören, nicht aufgebracht werden können.

b) Die Einleitung einer internationalen Hilfsaktion hat ferner nur dann zu erfolgen, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- 1. Von der Landeszentrale, der die zu unterstützenden Organisationen angehören, ist ein motiviertes Gesuch an das Internationale Gewerkschaftssekretariat einzureichen. Die Motivierung soll enthalten: Einen summarischen Bericht über Ursachen und bisherigen Verlauf des fraglichen Konflikts, ferner eine Uebersicht über die Organisationsstärke und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Hilfe suchenden Organisationen.
2. Die zu unterstützenden Organisationen müssen Mitglieder einer dem Internationalen Gewerkschaftssekretariat angeschlossenen Landeszentrale sein, insofern nicht besondere politische Verhältnisse des Landes dies verunmöglichen.
3. Die zu unterstützenden Organisationen müssen ihrer internationalen Branchenorganisation angeschlossen sein und sich in erster Linie an diese um finanziellen Beistand wenden.
4. Ferner wird die Unterstützungsaktion nur für solche Organisationen weitergeführt, die das Internationale Sekretariat durch regelmäßige Informationen über den Verlauf der Kämpfe orientieren und sich zur Veröffentlichung der Abrechnung über die Kosten des Kampfes verpflichten.

c) Sind die in Abschnitt b bezeichneten Bedingungen erfüllt, so hat das Internationale Gewerkschaftssekretariat die Hilfsaktion einzuleiten. Das an die Landeszentralen gerichtete Unterstützungsge- such soll enthalten: Eine kurze Begründung, ein Gutachten des Internationalen Sekretariats und, soweit dies möglich erscheint, bestimmte Vorschläge über die Art und Weise, wie die Unterstützung am zweckmäßigsten erfolgen könnte.

d) Das Internationale Sekretariat hat ferner dafür zu sorgen, daß bei länger andauernden Kämpfen die an der Hilfsaktion sich beteiligenden Landeszentralen von Zeit zu Zeit über die Situation unterrichtet werden, daß in allen Fällen baldmöglichst nach Abschluß des Kampfes den betreffenden Landeszentralen Bericht und Abrechnung über den Kampf erstattet werden.

Zu diesem Antrage sind einige Abänderungsanträge gestellt. Die Vertreter aller Länder erklärten sich für eine Regelung der gegenseitigen materiellen Hilfe; Regien hob hervor, daß der Antrag eigentlich nur die schon bestehenden Verhältnisse statutarisch festlegen wolle. Als einzige waren gegen eine solche Regelung die Franzosen. Jouhay befürchtete, daß die Selbstständigkeit der Organisationen unter solchen Einrichtungen leiden könne und daß außerdem das Unternehmertum über die materiellen Kräfte der Gewerkschaften dadurch Auskunft erlange. Nachdem Absatz 3, der die Landesorganisationen, falls sie Unterstützung beanspruchen, in ihren Organisationsverhältnissen etwas bindet, gestrichen worden ist, wird der Antrag doch noch einstimmig angenommen.

Für die Arbeiterinnen.

Frau Langmut.

„Schnell, Frau Langmut, rennen Sie mit, es ist gleich um!“

Die es rief, war eine junge Arbeiterin, die im schnellen Lauf der nahen Fabrik zueilte.

Auch die Angeredete versuchte ein schnelleres Tempo anzuschlagen, aber sie gab den Versuch bald auf. Es ging eben nicht. Schmerzhafte Stechen in der rechten Seite zwang sie wieder zum langsamen Gehen. Hinter ihr kamen ja noch drei Meister, da konnte es doch noch nicht zu spät sein. Ein paar Schritte vor dem Toreingang war sie, da erscholl das Glockenzeichen.

Also doch zu spät. Resigniert blieb sie einen Augenblick stehen. Nun hieß es den letzten Groschen opfern.

Am Fabriktor stand breitpurig und ganz von Pflichtgefühl und Geschäftsinteresse befeelt der Portier, die Strafzetteln in der Hand.

Beim ersten Ton der Klingel kam er aus seiner Loge herausgestürzt, rannte nach dem Tor und schloß in rasender Eile die Torflügel. Ein ganz ansehnlicher Betrag an Strafgeldern kam auf diese Weise jeden Morgen ein.

Auch Frau Langmut nahm ihren Zettel in Empfang. Die hinter ihr kommenden Meister passierten ungehindert. Ob die noch weniger verdienten als sie?

Sie hatte ihren tatsächlich letzten Groschen hingegeben. Nun konnte sie heute mittag zum Brot bloß Kaffee trinken.

Gastig lief sie jetzt über den Hof und wäre beinahe noch auf der schlüpfrigen Holzterrasse, die nach der im Keller befindlichen, gleichzeitig als Speisesaal dienenden Garderobe

führte hingefallen. Unten angekommen, zog sie sich schnell um, band die Arbeitsschürze vor und begab sich an ihren Arbeitsplatz. Hier, wo den ganzen Tag Licht brannte, hatte sie Schokoladefiguren zu beschneiden. Mißmutig setzte sie sich auf ihren Schemel, um mit der Arbeit zu beginnen. Aber es ging noch nicht so recht. Ein Gefühl des Wergers und des Mißmutes hatte sich ihrer bemächtigt. Aus der Gruppe einiger Arbeiter hatte ihr vorhin einer bei dem Versuch, zu rennen, zugerufen: „Scher Dich doch eher aus dem Neste, da brauchste dich' zu rennen!“

Der dumme Esel, der hatte wohl eine Ahnung von dem, was sie zu Hause zu verrichten hatte! Halb fünf Uhr mußte sie bereits aufstehen, um für die Kinder und den Mann zu sorgen, ehe sie auf Arbeit gehen konnte. Und auch abends wurde es elf und elfenhalb Uhr, ehe sie ins Bett kam. Das ging Tag für Tag, Woche für Woche, immer in gleicher Weise.

„Ach, wenn man doch schon gestorben wär!“, kam es seufzend von ihren Lippen.

„Schon wieder sterben, Marta! Du hast ja noch gar nicht gelebt!“, rief ihr die eben hinzutretende Frau Richter zu. „Laß doch den Mut nicht immer gleich sinken, damit kommst Du nicht weit.“

„Was hat man denn vom Leben?! Es bleibt ja doch alles beim alten!“, gab sie mürrisch zurück.

„Marta, Du darfst nicht so abgestumpft reden. Laß diese Mißstimmung nicht Herr werden über Dich. Wir haben morgen abend Versammlung, komm, gehe mit, damit Du anders denken lernst!“, redete ihr Frau Richter, eine überzeugte Gewerkschafterin, die unauffällig, aber desto eifriger an der Aufklärung ihrer Kolleginnen arbeitete, zu.

„Ich ging ja ganz gern mal mit, aber Du weißt doch, mein Mann will es nicht. Er spricht, das wäre nichts für mich, das brauchte ich nicht zu wissen, und verstände es ja doch nicht!“, gab Marta auf diese Aufforderung zurück.

„Das ging mir früher auch so, aber ich ließ mir mein Recht nicht nehmen, dasjenige zu tun, was ich für richtig und gut hielt. Wir müssen doch von früh bis abends genau so arbeiten wie die Männer! Man beutet uns ebenso und noch schlimmer aus als diese, und da ist es doch nur richtig, wenn wir uns, ebenso wie sie, zusammenschließen und gegen diese Ausbeutung kämpfen!“, erwiderte Frau Richter.

„Ach, es hat ja aber auch alles keinen Zweck! Ihr erreicht ja doch nichts. Es wird nur immer schlechter auf der Welt, anstatt besser. Alles wird teurer und der Lohn immer geringer!“, entgegnete Marta.

„Du hast ja recht, wenn Du sprichst, es wird alles teurer und der Lohn geringer, aber Du findest doch auch, daß dieser Zustand ein verkehrter ist und daß das Gegenteil davon richtiger wäre. Eben dieser Zustand ist es, der uns zum gemeinsamen Kampf verbinden sollte! Wenn Du sprichst, es wird ja doch nicht anders, und das war früher auch schon so, so zeugt das nur davon, daß Du nichts zum Lesen in die Hand nimmst und bloß gedankenlos nachredest, was andere gerade so rüchfändige Menschen wie Du sagen. Würdest Du Dir zum Lesen Zeit nehmen, so würdest Du einen Begriff davon bekommen, was die Arbeiterbewegung in jahrzehntelangem zähen Kampfe schon errungen hat. Aber mache es einmal möglich, daß Du morgen abend mitgehen kannst! Vielleicht bleibt Dir eine Nachbarin bei den Kindern, wenn es Dein Mann nicht tun will.“

„Ich will sehen, ob ich es möglich machen kann!“, sagte schließlich Marta.

Unter emsigem Arbeiten berging der Tag, und Frau Langmut befand sich schon auf dem Heimwege. Sie überlegte, wie sie es am besten einrichten könnte, um morgen abend mitgehen zu können. Beim Abendbrot brachte sie ihr Anliegen vor, und wie sie nicht anders erwartet hatte, schimpfte ihr Mann. Die Frau gehöre abends ins Haus, meinte er, und er müsse morgen abend selbst fort. Sie blieb aber diesmal bei ihrem Willen und wendete sich an ihre Nachbarin, und diese erbot sich auch, während der Zeit bei den Kindern zu bleiben. Ihr Mann beruhigte sich nach einigem Brummen auch und bemerkte nur noch: „Na, aber vielmals darf es mir nicht vorkommen!“

Die Versammlung war gleich nach Schluß der Arbeit. Sie war recht gut besucht und Frau Langmut wunderte sich, daß es außer ihr schon so viele Kolleginnen gab, die zu einer Versammlung gingen. Und dabei kamen immer noch mehr. Ihr durchgesetzter Entschluß, in die Versammlung zu gehen, kam ihr gar nicht mehr als eine große Geldentat vor, wie sie erst glaubte; sie fühlte vielmehr, daß sie mit hierher gehörte und daß sie ganz richtig gehandelt hatte.

Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung und dankte den Erschienenen für den zahlreichen Besuch. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung, deren erster Punkt ein Referat der Kollegin Woge, „Wir Arbeiterinnen“, war, teilte er der Referentin das Wort.

Eine freudige Bewegung ging durch die Anwesenden; denn die jetzt ans Rednerpult trat, kannten sie ja fast alle. Es war eine aus ihren Reihen, die jahrelang mit ihnen zusammen gearbeitet hatte.

„Es freut mich, Kollegen und Kolleginnen, daß Ihr unserm Ruf so zahlreich Folge geleistet; aber am meisten freut es mich, daß unsere verheirateten Kolleginnen sich immer mehr für unsere Sache interessieren und in größerer Zahl die Versammlung besuchen. Sie alle haben ja den Werdegang einer Arbeiterin schon durchgemacht und werden mich am besten verstehen. Kommt man als junges Mädchen, kaum der Schule entwachsen, in die Fabrik, so hängt einem der Himmel voller Seigen, wie man so zu sagen pflegt. Das Arbeiten in einer Schokoladenfabrik stellt man sich als etwas ganz Schönes vor. Und die Aussicht auf eigenen Verdienst ließ uns frohgemut den ersten Schritt ins Leben tun. Aber nur zu bald lernten wir auch die Schattenseiten davon kennen. Das angestrengte Arbeiten von früh bis abends wollte der Körper noch nicht mitmachen und müde und abgespannt kamen wir abends nach Hause. Mit der Zeit gewöhnte sich aber der Körper doch daran. Um aber unserm Organismus gerade in diesem Alter durch gute und ausreichende Nahrung kräftigen zu können, mußte auch ein auskömmlicher Verdienst erreicht werden. Leider ist dem aber nicht so. Mit 15, 16, 17 schickt man uns noch nach Hause. Das langt nicht zur Nahrung und viel weniger zur Bekleidung. Die Folge davon ist Unterernährung und daraus entsteht Viechsucht und Blutarmut. Die junge

Arbeiterin denkt aber leider, das muß so sein. „Ich bin ja ein Mädel und brauche nicht soviel zu essen wie ein Junge!“ meint sie. Aber gerade diese unverständige, heute noch so oft vorkommende Auffassung ist der Grundstock zu so vielen furchtbaren Frauenleiden; denn diese Unterernährung in den Entwicklungsjahren rächt sich bitter. Wir sind später nicht imstande, mit unserm blutarmen, unterernährten Körper die Gefahren und Beschwerden der Schwangerschaft und Geburt, dem Beruf des Weibes, standzuhalten. Nach der amtlichen Statistik sterben in Deutschland an Kindbettfieber jährlich 7000 Mütter, insgesamt an den Folgen des Wochenbettes 10 000. Die Zahlen nehmen von Jahr zu Jahr zu. Und noch nahezu 60 000 Mütter erkranken infolge des Wochenbettes. Diese wenigen Zahlen reden von ungeheuren Leiden und Schmerzen. Was sind alle Gefahren und Opfer eines Schlachtfeldes gegen diese Jahr für Jahr wiederkehrenden Zahlen?! Und diese 60 000 Mütter, die an den Folgen des Wochenbettes erkranken, werden wohl zum größten Teil Arbeiterinnen sein. Es ist uns Arbeiterinnen in den meisten Fällen nicht möglich, eine Pflegerin zu haben, die uns in dieser schweren Zeit pflegt und den Haushalt weiterführt. Die Kosten dafür sind bei unserm Verdienst viel zu hohe. Solange als es geht arbeitet man; denn wir müssen mit jedem Pfennig rechnen. Drei oder vier Tage nach der Geburt muß man dann wieder auf und bind und Wirtschaft versorgen. Und ist die gesetzliche Frist vorüber, so spannt man uns wieder hinein ins Arbeitsloch, und jetzt heißt es noch mehr arbeiten; denn es ist noch eins mehr zu ernähren. Kolleginnen, es soll etwas Hohes und Heiliges sein, wenn ein Kind zur Welt kommt, aber wie viele von uns wünschen, es möge schon im Mutterleibe verrotten; denn sobald es da ist, heißt es für die andern noch mehr darben und noch mehr entbehren, und für uns noch mehr schuften und arbeiten. Und sind dann mehrere Kinder da, muß man die Arbeit in der Fabrik aufgeben und man sucht sich Hausarbeit. Was man in der Fabrik noch arbeiten nennen konnte, das wird hier zur Schufterei. Geringe Löhne zahlt man uns dafür und die Nachtfähigkeit und nebenbei die häusliche Arbeit untergraben vollends unsere Gesundheit.

Und wie wirkt dieser Raubbau an unserer Gesundheit auf unsere Kinder? Nach der Statistik kommen auf je 100 Lebendgeborene im ersten Lebensjahr Todesfälle in: Deutschland 19,5 pSt., Oesterreich 20,2 pSt., Rußland 27,2 pSt., Italien 15,6 pSt., Schweiz 10,8 pSt., Frankreich 14,3 pSt., Belgien 16,4 pSt. usw.

Deutschland steht somit an dritter Stelle. Betrachten wir die Sterblichkeit in den einzelnen Städten, so ergibt sich für Berlin-Weißensee (eine Arbeitervorstadt) eine solche von 31,9 pSt., Brix (auch Arbeitervorstadt) 29,3 pSt., dagegen Dahlen (Willenort) eine Sterblichkeit von nur 6,6 pSt. In den Städten Hirschberg, Waldenburg, Landsbut grassiert sie sogar bis zu 40 pSt. In Glauchau, Annaberg, Zwickau, Chemnitz erreicht sie eine Höhe bis zu 37 pSt.

Es wird von den herrschenden Klassen immer behauptet, Deutschland stehe in bezug auf soziale Fürsorge an erster Stelle. Aber schon die eine Tatsache, daß dieses stolze Deutschland nicht das geringste tut, um einen ausreichenden Schutz für Mutter und Kind, den wichtigsten Faktoren eines jeden Volkes, durch Gesetz zu schaffen, zeigt die Unwahrheit dieser Behauptung. Bei der Beratung des Gesetzes zur Reichsversicherungsordnung in der letzten Reichstags-session wurde ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion, einen ausreichenden Schutz für Mutter und Kind gesetzlich zu schaffen, von den herrschenden Klassen abgelehnt mit der Begründung, die Kosten für eine derartige Einrichtung seien zu hohe. Aber für Militär- und Marine-Rüstungen wirt man jährlich Tausende von Millionen hinaus. Nur für den Schutz von Mutter und Kind hat man keinen Pfennig. Alljährlich stellt man Statistiken auf über Säuglingssterblichkeit und die der Mütter. Alljährlich werden von Fachleuten die Forderungen nach einem Schutz für Mutter und Kind als Grundbedingung für eine Gesundung des Volkes aufgestellt. Aber die Regierung und die herrschenden Klassen setzen diesen Forderungen ein „Nein“ entgegen. Und warum? Die Kosten seien zu hoch, aber man fürchtet wohl auch, den Frauen könnte der Appetit beim Essen kommen und sie könnten noch weitere Forderungen auf menschenwürdigeren Verhältnisse stellen. Aber trotz alledem, Kolleginnen, die Ablehnung des gesetzlichen Schutzes für Mutter und Kind soll uns nicht entmutigen. Sie zeigt uns aber auch den Weg, den wir zu gehen haben. Das ist der Weg der Selbsthilfe. Nur durch festen Zusammenstoß können wir durch eigene Kraft und vermittels der Macht, die wir in unsern Organisationen besitzen, unsern Forderungen Nachdruck verleihen und ihnen zum Siege verhelfen. Wir wollen keine Bettelstuppen, wir fordern als Menschen unser Menschenrecht. Deshalb, Kolleginnen, fordere ich Euch nochmals auf, werbt immer neue Kämpfer für unsere Sache! Alle um Lohn frohenden Schwestern müssen zusammenstehen, damit wir nicht nur Verschlechterungen abwehren können, sondern uns auch gesündere und bessere Zustände erringen. Dann wird die Zeit kommen, wo nicht, wie heute, eine Handvoll Menschen kraft ihres Geldsacks die Macht hat, über Völker zu bestimmen, sondern ein freies Volk wird sich selbst die Gesetze geben, die es zum Gedeihen eines jeden Gliedes braucht.“

Die Referentin hatte geendet und reicher Beifall bewies, daß sie den Versammelten aus dem Herzen gesprochen hatte.

Frau Langmut hatte mit steigendem Interesse zugehört und ihre sonst so trübe Stimmung war einem noch nie gekannten frohen Gefühl gewichen. Sie hatte gehört, daß es nicht gleichgültig ist, ob man im Verband sei oder nicht, sondern daß jede Arbeiterin und jeder Arbeiter sich organisieren sollen. „In unserer Stärke liegt unsere Macht!“ hatte der Vorsitzende zum Schluß den Versammelten nochmals zugerufen und die Wahrheit dieser Worte waren ihr zum Bewußtsein gekommen. Einen plötzlichen Entschluß fassend, sagte sie nun zu der sie im stillen beobachtenden Frau Richter: „Du, Anna, ich trete heute in den Verband ein!“

„Recht so, Marta, was man tun will, soll man gleich tun.“

Frau Richter half ihr den Aufnahmeschein, von denen etliche auf dem Tisch lagen, ausfüllen, und zusammen

gingen sie nach dem Tisch, an dem der Vertrauensmann die Beitrittserklärungen entgegennahm.

Auf dem Nachhausewege wurde der Frau Langmut freilich nochmals bange. Wie würde ihr Mann ihr eigenmächtiges Handeln aufnehmen? Aber sie wollte es ihm schon sagen, daß nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen mitkämpfen müssen, wenn es einmal besser werden soll und daß es doch auch ganz gut sei, daß, wenn sie einmal krank würde, zu ihrem geringen Krankengeld noch ein Zuschuß käme.

Am andern Abend, als sie, nachdem die Kinder zu Bett waren, das Geschirr reinigte, brachte sie das Gespräch auf die Versammlung und erzählte ihrem Manne alles, was sie davon behalten hatte. Zum Schluß kam die zaghafte Bemerkung, daß sie dem Verband beigetreten sei.

„Du mußt viel Geld übrig haben, kauf Dir dafür lieber etwas zu Essen,“ war die Antwort.

Aber sie ließ sich nicht irre machen. „Wenn ich einmal krank oder arbeitslos bin oder wenn ein Streik ausbricht, so erhalte ich Unterstützung und da ist doch das Geld nicht unnützlich ausgegeben,“ erwiderte sie darauf.

„Nun, das wollen wir erst einmal abwarten,“ gab er ihr unwirsch zur Antwort.

Frau Langmut bekam nun regelmäßig ihre Zeitung und alle 14 Tage die „Gleichheit“; sie nahm sich jezt, aufgmuntert durch Frau Richter, auch die Zeit, dieselbe zu lesen. In der Fabrik sprachen sie sich dann über irgend einen Artikel, den sie nicht ganz verstanden hatte, aus, und Frau Richter klärte sie nach bestem Wissen auf. Und ganz vorsichtig, nur hin und wider, sprach sie dann mit ihrem Mann über dies und jenes und ließ ihn auch das Betreffende lesen. Allmählich gewann auch dieser Interesse für das gewerkschaftliche Leben und las dann am Ende die Zeitung ebenso gern wie seine Frau. Und die schönste Freude hatte Marta, als eines Abends ihr Mann sagte: „Heute bin auch ich unserm Verband beigetreten!“

Doch auch anderes trat in Erscheinung. Während ihr Mann früher sehr herrschsüchtig und egoistisch war, wurde er jezt viel einsichtiger und half mit, wo er konnte. Er zeigte jezt vor allem auch viel mehr Interesse für die Erziehung der Kinder.

Die Feuerprobe aber hieß es bestehen, als in dem Betrieb, wo der Mann arbeitete, ein längerer Streik ausbrach. Allein nichts brachte sie von dem einmal richtig erkannten Weg wieder ab und als der Streik mit einem schönen Erfolg der Arbeiter endete, war die Genugtuung groß.

Nicht nur Mitglieder, sondern auch freundige Mitarbeiter in der Organisation waren die beiden geworden. Wenn es galt, eine Verbandsarbeit zu erledigen, so waren sie gewiß dabei und setzten ihre ganze Kraft ein, um ihr Ziel zu erreichen.

Kollegen und Kolleginnen, tut ein gleiches und wir werden unser Ziel erreichen. Jeder stelle sich freiwillig zur Organisationsarbeit, und seine Lösung sei: „Ich will und werde neue Mitkämpfer werben!“

Auch wir wollen frei sein
Von Kummer und Not
Und wollen erlöst sein
Vom Kampfe ums Brot.

Anna J., Dresden.

Genossenschaftliches.

Unser Genossenschaftstarif hat außer den bereits bekanntgegebenen Vereinen noch anerkannt: Konsumverein Bayreuth und Umgehend. Das sind nun insgesamt 177 tariftreue Vereine, welche zusammen 186 Bachmeister und 1927 Bäcker beschäftigen.

Literarisches.

Verband der Maler usw. Protokoll der 13. Generalversammlung zu München vom 8. bis 13. Mai. 260 Seiten. Selbstverlag.

Zentralverband der Lederarbeiter. Protokoll der 14. Generalversammlung in München vom 14. bis 20. Mai. 219 Seiten. Preis M. 1. Selbstverlag.

Verband der Bureauangestellten. Die soziale und wirtschaftliche Lage der deutschen Rechtsanwaltsangestellten. 85 Seiten. Selbstverlag.

Führer durch die deutsche Reichsversicherungsordnung. Von Otto Myslau. 159 Seiten. Preis M. 1. Verlag H. Günther, Leipzig-B.

Soeben ist im Verlage von J. G. W. Diez Nachf. in Stuttgart erschienen: Kann die Erde untergehen? Betrachtungen über die kosmische Stabilität unseres Erdenlebens von Felix Linke. Vierzehntes Bändchen der Kleinen Bibliothek. 184 Seiten. Illustriert. Preis broschiert 75 \mathcal{M} , gebunden M. 1. Vereinspreis 50 \mathcal{M} .

„Kaiser, Kanzler, Zentrum. Deutscher Verfassungsjammer und hieritaler Hygantinismus.“ Von J. Meerfeld. Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin SW 68. Preis 75 \mathcal{M} , Vereinsausgabe 30 \mathcal{M} .

In der Antizentrumsliteratur unserer Partei füllt diese Schrift eine Lücke aus. Das widerwärtige Bild, das die heutige Zentrumsparthei zeigt, ist nicht vollständig, wenn wir nicht neben ihren steuern, wahlrechts- und sozialpolitischen Infamien auch ihr schmähliches Treiben in den Verfassungsfragen geschildert sehen. Meerfeld rückt da dem Zentrum mit wichtigen Waffen zu Leibe. Als langjähriger Redakteur eines rheinischen Parteiblattes ein vorzüglicher Kenner der schwarzen Aguren, trägt er auf dem knappen Raum der Broschüre ein Material zusammen, das geradezu verblüffend wirkt. Nach einer knapp gehaltenen Einleitung über das Glend der deutschen Reichsverfassung wird dargelegt, wie der reaktionäre, einer wirklichen Volksherrschaft abgeneigte Charakter des Zentrums in seinem ganzen Wesen begründet sei; wahrhaft grotesk wirkt dann auch angesichts dieses Bildes das wilde Oppositionstreiben des Zentrums in der Zeit des Bülowblocks,

wo sich aus Anlaß der Auflösung des Reichstages, noch mehr aber der „Daily Telegraph“-Affäre die Hierikalen als radikale Volksmänner und schärfste Gegner des persönlichen Regiments gebärdeten. Die plötzliche Umkehr zu der alten, lieben Gewohnheit des Bauchrutschens, sobald sie wieder Morgenluft witterten, schildert der Verfasser ebenso anschaulich wie das schmachtvolle Schindluderpiel, das hinterher vom Zentrum mit den bekannten Verfassungsanträgen getrieben wurde. Eine Fülle von Zitaten, deren Gegenüberstellung die Gefinnungslosigkeit des Zentrums recht anschaulich macht, verleiht der Broschüre noch besonderen Wert und macht sie zu einer guten Agitationswaffe. Die Schrift kann daher allen tätigen Genossen eindringlich empfohlen werden.



An unsere Abonnenten!

Wir ersuchen unsere geehrten Abonnenten, ihr Abonnement auf die „Deutsche Bäcker- und Konditorenzeitung“ bei ihrer zuständigen Postanstalt jezt möglichst sofort zu erneuern, damit in der Zustellung keine Unterbrechung eintritt! Eventuelle Reklamationen wegen unterlassener oder unpünktlicher Lieferung sind gleichfalls zunächst bei der Post zu erheben. Der Abonnementspreis pro Quartal beträgt M. 2. Die Expedition.



Anzeigen.

Mitgliedschaft Hamburg. Sektion der Weissbäcker.

Donnerstag, den 14. September 1911, nachm. 3 1/2 Uhr:

Versammlung

im Gewerkschaftshaus, oberer Saal.

Tagesordnung: 1. Die Krankenversicherung unserer Mitglieder. Referent: Oskar Allmann. 2. Verschiedenes. [M. 3,60] Der Vorstand.

Deutscher Arbeiter-Stenographenbund (System Arends).

Achtung, Kollegen von Groß-Berlin!

Am Dienstag, 19. September, beginnt für die Bäcker-gefallen von Groß-Berlin

ein neuer Kursus

in der leicht faßlichen und erlernbaren Stenographie (System Arends). Der Kursus wird Adalbertstr. 59, Restaurant Vöberstein, abgehalten und zwar findet der Unterricht jeden Dienstag, präzise 6 1/2 Uhr nachmittags, statt. Die Erlernung dieser überaus einfachen Stenographie (System Arends) kann den Kollegen nicht dringend genug angeraten werden. Meldungen zu dem Kursus nimmt das Berliner Verbandsbureau entgegen, das auch gern weitere Auskunft erteilt. [M. 8] J. Arendt, Raunhufstr. 70, 4. St.

Gute Brotstelle!

Großer Laden mit Nebenräumen und geräumiger Wohnung in einem Vorort, direkt am Bahnhof, Nähe Hamburgs, passend für

Konditorei und Café,

ist zum 1. Oktober 1911 preiswert zu vermieten. Offerten unter E. 287 an „Neueste Nachrichten“, Altrahnsfeldt, erbeten. [M. 5,50]

Ein Versuch überzeugt!

Natürl. Eigelb.

Eiweiss, trocken und flüssig, liefert in hervorragender Qualität

Robert Gotthelmer, Hamburg 22, Hamburger Strasse 35. [M. 3] Telephon: Gr. 6, 5398.

Zahnersatz nach 40-jähriger Erfahrung

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

Sonntag, 17. September:

Erfurt: 8 Uhr, „Zum König von Preußen“, Futterstr. 9. — Gelsenkirchen: 2 Uhr im Volkshaus, Kaiserstraße. — Gölzig: 8 Uhr, „Zum goldenen Kreuz“, Langenstr. 87. — Hannover (Gemeinsame): 3 1/2 Uhr bei Wolf, Schillerstraße 4. — Landsbut: Im „Hofbräu“, Neustadt 444. — London: 2 Uhr im C. A. D. B., 107 Charlotte Street, W. 1. St. — Neunkirchen: Im Gasthof „Zu den drei Rößern“, Oberer Markt. — Oldenburg: 4 Uhr bei Schumacher, Kurbitstr. 28. — Weiskensfeld: Im Gewerkschaftshaus, Merseburger Straße 16.

Dienstag, 19. September:

Zwickau: Im „Brauereischlößchen“.

Mittwoch, 20. September:

Apolda: Im Gewerkschaftshaus. — Hamburg-Altona (Seeferndeb): 8 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberfack-

Bäckerei und Konditorei mit Café
erstes Geschäft in Wühlberg a. d. Elbe mit Grundstück in vorzüglicher Lage, mit der besten Stadt- und Landkundschaft, krankheitshalber sofort zu verkaufen und zu übernehmen. Angebote an Ernestine Gentsch in Wühlberg a. d. E. [M. 8]

Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw. Berlins, Schönhauser Allee 28, Berolina-Säle.

Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung als guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar. Unterrichtsstunden: Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr.

Nach dem Unterricht: Gesellschaftsstunde.

Für gewissenhafte Ausbildung beste Garantie. Anmeldung jederzeit erbeten. Emil Schulz, Tanzlehrer seit 1897, Berlin N 31, Bernauerstr. 117.

Unübertroffen

sind als Spezialitäten zum Bereiten aller Backwaren unsere Margarine-Marken

Spreegold, Spreekrone u. allerfeinste Ziehmargarine

Machen Sie erst einen Versuch mit diesen erstklassigen Erzeugnissen, und Sie bleiben ständiger Verbraucher

Alleinige Fabrikanten:

Margarine-Werke Berolina Berlin-Lichtenberg Herzbergstrasse 55/56 Telephon: Amt Lichtenberg Nr. 694 und 695.

Vertreter:

Bremer, Rampe & Thomsen, Hamburg, Gröningerstr. 34.

Telephon: Gr. V, 1651. Telegr.-Adr.: Exquisit

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen

decken ihren Bedarf am besten bei Hans Dersuss, Schneidermeister, Hengasse 2, 1. Et., gegenüber dem Verbandslokal.

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen

beden ihren Bedarf am besten bei Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.

W. Gorn, Eimsb. Chaussee 2, v. 10—5
Frau Gorn, Eppendorfer Landstr. 95

Straße 15. — Leipzig (Bäcker): 4 Uhr im Volkshaus, Zeiger Straße 32. — Thale a. S.: „Zum Reichskanzler“, Güttenhauffee.

Sonntag, 23. September:

Bochum: 8 Uhr bei Schäfer, Ringstr. 8.

Sonntag, 24. September:

Alten: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“. — Bayreuth: Im Restaurant Drey, Kirchgasse. — Bennigsdorf: 4 Uhr bei Lehmann. — Landsberg a. d. W.: 3 Uhr bei Daber, Wolkeplatz. — Nürtingen-Wilhelmshaven: 4 Uhr bei Buddenberg, Nürtingen, Peterstraße. — Stadthagen: 4 Uhr bei Webberhahn, Götternstraße.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Bienenbinderhof 57. — Verlag von O. Allmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.